



EXPLOSIV

**ANMERKUNGEN ZUM
UNIVERSITÄTSBETRIEB**

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Fachschaftsinitiative Otto-Suhr-Institut (FSI*OSI)



Redaktion: Fabian Bennewitz, Jahne Nicolaisen, Benjamin Wilken, Marlen Rebmann

Layout: Fabian Bennewitz

Kontakt: explosiv-redaktion@riseup.net

www.userblogs.fu-berlin.de/fsi_osi/

www.facebook.com/fsiosi

www.instagram.com/fsi.osi/

Bildnachweise

Cover und Rückseite: "Pile of Covered Books" von Pixabay, Pexels, Lizenz: CC0, Einfärbung, zugeschnitten.

S. 4: "Eingangssituation Institut" von Ihne Einundzwanzig, Flickr, Lizenz: CC BY 2.0, Einfärbung, zugeschnitten.

S. 6: "Notausgänge, Kennedy-Institut" von martin fischer, Flickr, Lizenz: CC BY-NC 2.0, Einfärbung, zugeschnitten.

S. 13: "untitled" von 卡晨 (@awmleer), Unsplash, Lizenz: Unsplash License, Einfärbung, zugeschnitten.

S. 17: "untitled" von camera_obscura [busy], Flickr, Lizenz: CC BY-NC 2.0, Einfärbung, zugeschnitten.

S. 27: "untitled" von Nav Rashmi Kalsi (@navkalsi), Unsplash, Lizenz: Unsplash License, Einfärbung, zugeschnitten.

S. 35: "untitled" von Luke White (@dynamite_luke), Unsplash, Lizenz: Unsplash License, Einfärbung, zugeschnitten.

Belichtung: Medienraum des AStA FU

Druck: AStA FU-Druckerei

Auflage: 1000

Erscheinungsdatum: Januar 2022

Die Beiträge geben nicht zwangsläufig die Meinung der FSI*OSI wieder.

Vielen Dank an den AStA FU für die Finanzierung des Drucks.



Eigentumsvorbehalt: Dieses Heft bleibt bis zur Aushändigung an den die Adressat in Eigentum der FSI*OSI. „Zur Habe Name“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an die FSI*OSI zurückzusenden.

EDITORIAL

Die "explOSiv - Anmerkungen zum Universitätsbetrieb" erscheint in einer Zeit, in der dieser akademische Betrieb aufgrund der pandemischen Lage seit bald zwei Jahren nur noch auf Sparflamme läuft. Viele Studierende hoffen, dass überhaupt noch irgendetwas Lebendiges auf dem Campus stattfindet, da aus dem angekündigten "Übergangsemester" ein weiteres Online-Semester vom heimischen Schreibtisch aus zu werden droht. Vernetzungen und selbstorganisierter Austausch zwischen Studierenden löst sich hierdurch beinahe in Luft auf. Die Kritik an den Formen der Lehre und der Universität im Allgemeinen tritt dabei noch mehr in den Hintergrund. Trotz dieser Ausgangslage wollen wir die Idee hochhalten, sich innerhalb des Universitätsbetriebs über ihn auszutauschen, darüber hinaus zu reflektieren und nicht nur passiv vorgegebene Studieninhalte zu konsumieren.

Deshalb wollen wir als Studierende am Otto-Suhr-Institut mit dieser Zeitschrift eine dauerhafte Möglichkeit schaffen, die Selbstverständigung über die gesellschaftlichen Probleme der Zeit voranzutreiben und ausgehend von der Universität, aber nicht auf sie begrenzt, Gesellschaftskritik zu üben.

Die Redaktion ist eine unabhängige Arbeitsgruppe innerhalb der FSI*OSI, die als Herausgeberin auftritt, aber zur Mitarbeit keine 'Mitgliedschaft' in der Fachschaftsinitiative voraussetzt. Die Redaktion ist bei Interesse oder Kommentaren über die E-Mail-Adresse explOSiv-redaktion@riseup.net zu erreichen.

Auf Seite 5 leiten wir mit einer Vorbemerkung zur Kritik und unserem "explosiven" Anspruch ein. Das erste Heft setzt sich mit der Universität im Kapitalismus auseinan-

der und veröffentlicht zwei über 20 Jahre alte Texte der FSI*OSI neu. Der erste Text handelt vom Konstrukt der Begabung (Seite 7), der zweite vom Verhältnis von Wissenschaft und Wahrheit (Seite 14). Im letzten inhaltlichen Teil dieses Hefts beschreibt Johanne Nicolaisen in seinem Essay (Seite 18) zunächst die Bachelor-Studienreform 2019 am OSI und kritisiert dann die Reform in einem gesellschaftlichen Kontext, in dem der zentrale Begriff der "Bildung" seine Substanz verloren hat und eine Emanzipation aus einer unvernünftig eingerichteten Gesellschaft aus dem Bewusstsein heutiger Studierender weitestgehend verdrängt scheint. Schließlich diskutiert er, wo verändernde Praxis (an der Universität) anzusetzen hätte. Dieser Text scheint mit seiner Länge und inhaltlichen Komplexität beim ersten Lesen eventuell überfordernd, vor allem für Erstsemesterstudierende. Dennoch sind wir der Überzeugung, dass eine Stärke des Textes vor allem diese inhaltliche Fülle ist und dass eine wiederholte und tiefere Auseinandersetzung mit dem Text und den von ihm aufgegriffenen Konzepten lohnenswert ist. Bei Fragen und Diskussionsbedarf stehen wir zur Verfügung.

Wir wollen die Kritik der universitären Verhältnisse und der Gesellschaft dauerhaft am Institut etablieren und deshalb "explOSiv" auch im nächsten Semester fortführen. Das zweite Heft soll im Juni 2022 erscheinen. Bei Interesse meldet euch gerne bei uns.

Wir wünschen eine erkenntnisreiche und angenehme Lektüre,

Die Redaktion (Dezember 2021)

INHALTSVERZEICHNIS

Vorbemerkung zur Kritik	5
Zum Konstrukt der Begabung	7
Zum Verhältnis von Wissenschaft und Wahrheit	14
Kritik der Studienreform am OSI, des studentischen Engagements und des Bildungsbegriffs	18



Beim Eintritt hier lass alle Hoffnung fahren?

VORBEMERKUNG ZUR KRITIK

Der Titel "explOSiv" weist auf die gesellschaftssprengende Kraft der Kritik hin: Spätestens seit der Epoche der Aufklärung im Europa des 18. Jahrhunderts wurde Kritik zu einem Schlüsselbegriff¹. Was als natürlich erschien und unhinterfragt hingenommen wurde, wurde als gesellschaftlich bedingt entdeckt: Die Religion, die absolutistischen Monarchien, die Scheinerklärungen der mittelalterlichen Scholastik, eine sich entwickelnde Warengesellschaft - schließlich alles wurde vor den "Gerichtshof der Vernunft" (Kant) gestellt und der Kritik unterworfen.

Gesellschaftskritik zielt aber nicht auf die Harmonisierung von Konflikten oder auf die begrenzte Öffentlichkeit der Gelehrten, sondern beabsichtigt als politisches Instrument diese Konflikte zu sprengen, um die Herrschaftsverhältnisse auszuhebeln. Doch "kritisch" wollen gerade in der Akademie alle sein: *"Und infolgedessen kann, wem daran gelegen ist, im Wissenschaftsbetrieb mit seiner Tätigkeit Wirkung zu erzielen bzw. zu Anerkennung und Geltung zu gelangen, sich und seine Äußerung nicht als unkritisch stigmatisieren lassen, denn dies bezeugte eine blinde Übernahme des bereits Überkommenen und die Wiederholung zu korrigierender Fehler der (wissenschaftsgeschichtlichen) Vergangenheit; kurz: ein zutiefst affirmatives, ja dogmatisches Verhalten den Forschungsobjekten gegenüber. Alle Wissenschaft geriert sich kritisch"*².

Kritik ist also nicht bloß ein Problemlösungsmittel in der Wissenschaft, sondern kritisiert Wissenschaft, Vernunft und Ratio-

nalität selbst und muss damit notwendigerweise Gesellschaftskritik, d.h. Kritik des falschen Ganzen, sein. Max Horkheimer spricht 1937 von einem "kritischen Verhalten" im Unterschied zur "traditionellen Theorie". Dirk Braunstein kommentiert ihn treffend:

*"Gemeint ist also keine konstante Verhaltensweise, mit der jederzeit zu rechnen sei, sondern ein theoretisierendes ›Verhalten‹, das immer erst am Gegenstand zu realisieren ist: die Reflexion eines konfliktären Verhältnisses durch ein Subjekt, welches sich erst auf diese Weise und nur jeweils kritisch verhält. Kritik wird, wie Theorie im allgemeinen, in der Zeit und damit selber zeitlich begrenzt vollzogen, und diese – natürlich nicht zufälligen – koinzidenten Bestimmungen ermöglichen es, überhaupt von kritischer Theorie zu sprechen, als Vollzug von Theorie und Kritik in eins. Kritisch also ist das tätige bzw., im Fall einer kritischen Theorie, das theoriekonstituierende Verhalten; Kritik ist schließlich eine Praxis. Das Bestehende als Inhalt ist immer schon bestimmt, letzten Endes als die schlechte Totalität der Gesellschaft. Eben weil sich Kritik nur von ihrem jeweiligen Gegenstand herleitet, weil er an sich selbst gemessen wird, es demnach keine begründungsfähige Kritik an und für sich gibt, ist eine ›kritische Haltung‹ faktisch gegenstandslos. Kritik kann nur an ihrem jeweiligen Objekt ihre begründete Notwendigkeit erweisen"*³.

1 Vgl. Braunstein, Dirk 2018: Kritik üben, in: ders. (Hg.): Wahrheit und Katastrophe. Texte zu Adorno, transcript Verlag, Bielefeld, S. 18.

2 Ebd.: 25

3 Ebd.: 27

*Im Folgenden drucken wir zwei Texte aus einer Wahlbroschüre der FSI*OSI aus dem Jahr 1999 ab, in der Inhalte, Positionen und Nachrichten der FSI vorgestellt wurden.¹ Solche Broschüren waren leider äußerst selten und wurden nicht vor jeder Gremienwahl veröffentlicht. Interessant ist es, sich mit den Texten von damals auseinanderzusetzen, da sie auch heute noch aktuelle hochschulpolitische wie alltägliche Probleme adressieren. Die Auszüge, für die wir uns entschieden haben, thematisieren das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft sowie die Selektionsmechanismen an den Universitäten. Stellenweise sind die Texte auf Grund ihrer Veröffentlichung vor über 20 Jahren natürlich veraltet. Dennoch weist ihr Inhalt und vor allem auch die Kritik an der Lehre, an der Universität und an der kapitalistischen Gesellschaft eine fast schon erschreckende Aktualität auf. Bereits damals befürchtete Entwicklungen sind mittlerweile eingetroffen oder es lassen sich verstärkt Tendenzen zu ihnen erkennen. Dies verdeutlicht, dass immer noch dieselben Auseinandersetzungen wie vor 20 Jahren geführt werden müssen.*

Der erste Text „Zum Konstrukt der Begabung“ kritisiert Selektionsmechanismen und das Leistungsdenken im Bildungssystem und geht dabei vor allem auf die Zustände an den Universitäten ein. Gleichzeitig adressiert der Text die Verschulung des Studiums, die im Bachelor-Master-System gipfelt, und nicht mehr dem aufklärerischen Bildungsideal entspricht. Der erste Text wurde vollständig und ohne Kürzungen und Veränderungen abgedruckt.

Im zweiten Text werden „Zum Verhältnis von Wissenschaft und Wahrheit“ einige Gedanken formuliert, etwa indem die wirtschaftlichen Machtstrukturen, die die Wissenschaft prägen beleuchtet werden. Der Text liegt in gekürzter Form vor. Bei beiden Texten wurden Rechtschreibfehler korrigiert. Die originalen Fußnoten wurden übernommen und ergänzend dazu finden sich in weiteren Fußnoten Anmerkungen der Redaktion, die dazu dienen gewisse Themen besser zu erläutern, einzelne Aspekte kritisch einzuordnen sowie bei veralteten Themen den aktuellen Bezug herzustellen.



Welcher Bildungsweg wird eingeschlagen?

¹ Der Text "Zum Konstrukt der Begabung" hieß 1999 im Original "Zum Konstrukt der Begabung: 'Die Guten ins Toepfchen, die schlechten ins Kroepfchen...'. Der Text "Vom Verhältnis von Wissenschaft und Wahrheit" hieß im Original "Das allgemeine politische Mandat".

ZUM KONSTRUKT DER BEGABUNG

Von der FSI*OSI (1999), redigiert von Marlen Rebmann

Mechanismen der Selektion

Unser gesamtes Bildungssystem ist durchzogen von einem feinmaschigen Netz an Selektionsmechanismen, die die Aufgabe haben, die Individuen vor allem nach ihrer vermeintlich unterschiedlichen „Begabung“ zu sortieren. Im Kontext von Hochschule präsentiert sich das Abitur als die erste Schranke, die es zu überwinden gilt, um überhaupt ein Anrecht auf Zutritt zur Alma mater zu erlangen. Ein Numerus Clausus in zahlreichen Fächern verfeinert das ganze nochmals erheblich. Besonders am OSI stieg der NC rapide an, in diesem Semester stand bereits eine stolze 1 vor dem Komma. Doch damit nicht genug: Der Fachbereich hat in diesem Semester, trotz unserer Intervention, den Quereinstieg für Studierende in höhere Grundstudiumssemester verunmöglicht, indem der NC per Beschluss auf das gesamte Grundstudium ausgedehnt wurde. Welch fatale Konsequenzen dieser Schritt für Studierwillige mit Abiturnoten jenseits des NC haben wird, ist nicht schwer auszumalen. Hinzu kommt, dass der NC unweigerlich ansteigen wird, wenn bei einer Halbierung der

Professuren bis 2003 die Zahl der BewerberInnen um einen Studienplatz auch nur annähernd gleich bleibt.¹ Ferner wurde ins Hochschulrahmengesetz ein Passus aufgenommen, der es Universitäten ermöglicht, einen Teil ihrer Studierenden nach eigenem Gusto auszusuchen, sei es durch Auswahlgespräche, sei es durch andere elaborierte Techniken.² Im Diskurs um Studiengebühren scheint das letzte Wort noch nicht gesprochen, wenngleich neoliberale Modernisierer eifrig (und zunehmend erfolgreich) Lobbyarbeit betreiben.³ Vor kurzem präsentierte sogar der Bildungsrat der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung ein Modell, das Studiengebühren vorsieht. Letztere existieren ja bereits in etlichen Bundesländern in Form von Immatrikulationsgebühren, bei denen Berlin mit seinen 100 DM pro Studentin und Semester den Vorreiter mimte, oder von Gebühren für sogenannte „Langzeitstudierende“. Mitte Dezember sprachen sich sogar die Rektoren der 3 Berliner Universitäten einhellig für Studiengebühren aus. In ihrem „Berliner Manifest“, das sie Bundespräsident Herzog überreichten, heißt es, Studiengebühren seien die

1 (Anm. der Red.): Der NC für Politikwissenschaft am OSI ist in den letzten Jahren tatsächlich noch drastischer angestiegen. Im Wintersemester 2020/21 lag der NC bei 1,0. Auch der Zugang zu höheren Semestern und zum Master ist durch einen NC beschränkt.

2 (Anm. der Red.): Aktuell werden 20 % der Studienplätze an den Universitäten über die Abiturnote (NC), 20 % über Wartesemester und 60 % über das lokale „Auswahlverfahren der Hochschule“ vergeben. Hier verbessern, neben dem NC, Kriterien wie bestimmte Fächerbenotungen, eine Berufsausbildung oder Berufstätigkeit und die Vorbildung durch studienrelevante Kurse die Zulassungschancen. Die befürchteten Auswahlgespräche spielen wahrscheinlich auch aus Kapazitätsgründen am OSI keine Rolle.

3 (Anm. der Red.): Im Jahr 2002 klagten unionsgeführte Länder gegen das Hochschulrahmengesetz (HRG), welches allgemeine Studiengebühren ausschloss. Dies sei ein unzulässiger Eingriff des Bundes in die Ländergesetzgebung. Das Bundesverfassungsgericht gab diesen Ländern im Jahr 2005 Recht.

„einzige Form, zu einer nennenswerten zusätzlichen Finanzierung zu gelangen.“⁴

Auch ist es keineswegs so, dass die Universität ihren Klassencharakter verloren hat: Laut einer Erhebung des Studentenwerks⁵ betrug der Anteil von Studierenden aus sozial schwächeren Schichten⁶, der 1982 noch 28% der Gesamtzahl der Studierenden ausmachte, 1997 gerade noch 14%, halbierte sich also.⁷ Die drastisch abnehmende Wahrscheinlichkeit, eine Studienförderung zu erhalten, spielte hier eine entscheidende Rolle. Außerdem müssen BAFÖG -Leistungen, die einstmals nicht zurückbezahlt werden mussten, seit 1990 zur Hälfte rückerstattet werden, so dass nach Studienende erhebliche Schuldenberge abzutragen sind. Zudem wurde als weitere kleine Maßnahme der Disziplinierung für alle BAFÖG- EmpfängerInnen ein verbindlicher Leistungsnachweis nach dem 4. Semester eingeführt, bei dessen Nichterfüllung jede weitere Zahlung eingestellt wird.⁸

Während des Studiums wird weiter kräftig ausgesiebt, Klausuren und Prüfungen sor-

gen in vielen Fächern für entsprechenden „Ausschuss“. Dass ein so geschürter Konkurrenzkampf dem Klima unter den Studierenden wohl eher schadet denn nützt und eine individualistische Einzelkämpfermentalität fördert, liegt auf der Hand.⁹ Am OSI feierte in diesem Semester ein besonders origineller Modus der Exklusion Premiere: In mehreren Grundstudiumsseminaren wurde per Los darüber entschieden, wer am Seminar teilnehmen darf bzw. wem die Teilnahme verwehrt bleibt. Per hochgradig formaldemokratischem Prozedere (jedem nur ein Los!) wurde hier das Konkurrenzprinzip zugleich manifestiert und doch in seiner Absurdität kompromittiert.¹⁰ Das angeführte, durchaus noch erweiterbare Spektrum von Mechanismen der Auslese steht in einem diametralen Gegensatz zu emanzipatorischen Vorstellungen von Hochschule, die allen Studierwilligen gleichermaßen die Möglichkeit eines weitgehend selbstbestimmten Studiums zubilligen.

Legitimation der Auslese

Legitimiert wird ein Großteil der geschilder-

4 (Anm. der Red.): In Deutschland gibt es an den Universitäten keine allgemeine Studiengebühr. Dies ist das Ergebnis hochschulpolitischer Auseinandersetzungen und studentischer Proteste. Dennoch zahlen FU-Studierende jedes Semester die „Semestergebühren und -beiträge“. Im Wintersemester 2021/22 betrug diese 312,98€ (50€ als Immatrikulations-/Rückmeldungsgebühr, 54,09 € als Sozialbeitrag für das Studierendenwerk, 10 € als Beitrag zur Studierendenschaft und 198,80€ für das Semesterticket). Manche Bundesländer erheben Gebühren für Zweitstudium und Langzeitstudium. Das ist in Berlin nicht der Fall.

5 siehe taz vom 22. I ().98, S.3: "Der Zeitgeist verlangt nach Auslese"

6 (Anm. der Red.): „Sozial schwach“ ist eine irreführende und stigmatisierende Bezeichnung. Es könnte von Menschen mit einem niedrigen sozio-ökonomischen Status gesprochen werden.

7 (Anm. der Red.): Die Bildungsungleichheit zeigt sich erneut im Hochschulbildungsreport 2020. 74 % der Akademiker*innenkinder beginnen ein Hochschulstudium, bei Nichtakademiker*innenkinder sind es lediglich 21%.

8 (Anm. der Red.): Die hier beschriebenen Logiken des Bafög haben sich bis heute fortgesetzt. Die Anhäufung von Schulden, hohe bürokratische Hürden und enge Auswahlgrenzen ab wann man selbst bzw. die Familie "arm genug" ist um gefördert zu werden, hat dazu geführt, dass heutzutage nur noch weniger als 11% aller Studierenden Bafög erhalten. Dazu steigt der Bafög-Satz seit Jahren viel zu wenig an, um die tatsächlich steigenden Lebenskosten von Studierenden zu decken, sodass nicht wenige trotz Bafög noch einem Nebenjob nachgehen. Eine tiefgreifende Reform des Bafög wird schon lange gefordert von Studierendenverbänden, Gewerkschaften und einzelnen Politiker*innen.

9 (Anm. der Red.): Die Anzahl der Klausuren am OSI wurde in den letzten Jahren im Vergleich zum Diplomstudium erhöht.

10 (Anm. der Red.): Im Sommersemester 2021 waren auf Grund der Corona-Pandemie, aber auch auf Grund von einem zu geringen Angebot, alle Seminare platzbeschränkt. Die Studierenden wurden mit Hilfe eines „demokratischen“, aber unübersichtlichen Algorithmus zugeteilt. Die Platzbeschränkungen bleiben im Wintersemester 2021/22 erhalten, um übergroße Seminare zu vermeiden.

ten Auslese durch den Rekurs auf das Konzept der Begabung, das gegenwärtig in der öffentlichen Debatte eine wichtige Rolle spielt. Dabei werden individuell konstatierte Leistungsunterschiede auf Veranlagung zurückgeführt. So betonte Bundespräsident Herzog in seiner viel rezipierten Grundsatzrede zur Bildungspolitik vom November 97: *„Es geht darum, Tabus zu knacken...:1. Menschen sind Individuen. Sie haben unterschiedliche Begabungen. Wer das leugnet, der vergisst einerseits die herausragenden Talente..., und andererseits die weniger Begabten.... Wir sollten wieder den Mut finden, gute Schüler gut und schlechte Schüler schlecht zu nennen.“*

Begabung wird hier verstanden als eine nicht weiter rückführbare, natürliche, also angeborene Disposition, die zu besonderen Leistungen befähigt.¹¹ Im Unterschied zu Leistungen, die auf der Beobachtungsebene liegen, ist „Begabung“ ein Konstrukt, das zur Erklärung von beobachteten Leistungen dient. Der Begabungsvorstellung haftet also insofern etwas Zirkuläres an, als von Leistung unmittelbar auf Begabung geschlossen wird, letztere aber als Ursache von Leistung erhalten soll. Hinzu kommt, dass das, was unter „Leistung“ subsumiert wird, niemals a priori, als etwas gleichsam Überhistorisches gegeben ist, sondern erst als Produkt gesellschaftlicher Definitionsprozesse diesen Status einnimmt.

Funktion einer solchen Begabungskonstruktion ist die „Naturalisierung“ von Leistungsunterschieden, d.h. sie werden einzig und allein auf individuelle Veranlagung zurückgeführt, während die Frage, was die Gesellschaft damit zu tun hat, wie es z.B. manchen Individuen aufgrund sozialer Un-

gleichheit oder anderer gesellschaftlicher Restriktionen systematisch verunmöglicht wird, sich zu entfalten, notwendig außen vor bleibt. Die Gesellschaft in ihrer arbeitsteiligen Verfasstheit muss deswegen nicht weiter hinterfragt werden, sie wird vielmehr affirmiert.

Spardruck?

Als Begründung für eine Reduzierung von Studienplätzen, einhergehend mit einer verstärkten Auslese, dient außerdem der Verweis auf die prekäre Finanzsituation von Bund und Ländern. Diesem wäre entgegenzusetzen, dass erstens die Verteilung vorhandener finanzieller Mittel stets eine bestimmte Prioritätensetzung impliziert, so dass Prestigeobjekte oder andere „wichtige“ Projekte niemals unter Geldnot zu leiden haben (siehe Regierungsumzug, Technologiepark Adlershof, Eurof...uck etc.), dass zweitens Berufung auf gesetzte finanzielle Sachzwänge stets auch als Vehikel einer hochschulinternen Umstrukturierung.¹² instrumentalisiert wird, und dass es drittens sowieso nichts als illusionär- ideologische Verblendung ist, wenn etwa staatlicherseits gegenüber den Studierenden guter Wille in puncto Verbesserung der Studienbedingungen suggeriert wird, dessen Realisierung letztlich nur an Geld scheitert. Es geht vielmehr nicht darum, den Studierenden ein möglichst selbstbestimmtes Studium zu ermöglichen, sondern darum, aus in Bildung und Hochschule investierten staatlichen Kapital möglichst hohe Rendite in Form verwertbaren „Humankapitals“ zu ziehen, d.h. das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu optimieren. Solange sich zwei Studierende einen ausfinanzierten Studienplatz teilen, damit leidlich zufrieden sind und stillhalten, be-

11 siehe hierzu Text von M. Markard in: Kalaschnikow Frühjahr 1998

12 Gegenwärtig wird diese betrieben mit der Vision bzw. dem Schreckbild einer standortgerechten Dienstleistungshochschule, die analog zum Unternehmen funktionieren soll. Demokratie ist dort bekanntlich nicht vorgehen. Immerhin bliebe den Studierenden der würdevoll-konsumenten-demokratische Akt des „Mit-den-Füßen-Abstimmens“, falls ein Produkt ihr Missfallen erregen.

steht aus obigem Kalkül heraus nicht die geringste Veranlassung, diesem Zustand Abhilfe zu schaffen.¹³

Aus der apodiktischen Feststellung, dass eben an Geld Mangel herrscht, entspringt die Forderung nach Studiengebühren, die, selbst falls Gegenteiliges gesetzlich verankert werden sollte, noch lange nicht vom Tisch ist. Oftmals wird in der öffentlichen Debatte auf die vorgeblich paradiesischen Zustände an US-Hochschulen verwiesen, wo hohe Studiengebühren an ein Stipendienwesen gekoppelt seien, das es allen „Befähigten“ ermögliche, unabhängig von der sozialen Lage zu studieren. Solche Aussagen verkennen zweierlei: Erstens gibt es neben den stets präsentierten Vorzeige-Eliten-Universitäten in den USA viele andere, an denen keineswegs annähernd dieselben „paradiesischen“ Studienbedingungen herrschen. Zweitens ist ein Stipendienwesen stets in höchstem Maße unsozial, da studierwillige Kinder reicher Eltern nicht auf ein Stipendium angewiesen sind, während Kinder ärmerer Eltern erst ihre „Befähigung“ unter Beweis stellen müssen, um in den Genuss eines Stipendiums zu kommen. Wohlverhalten und Anpassung sind hierzu wohl notwendige Voraussetzungen.

Außerdem fördern Studiengebühren die vollkommene Ausrichtung des Studiums auf Schnelligkeit, auf spätere individuelle Karrierechancen, auf die maximale Verwertung der eigenen Arbeitskraft, während individuelle Reflexion über das eigene Tun, die eigene Funktion in der Gesellschaft hierbei bloße Störfaktoren wären. Dementsprechend würden diejenigen Studiengänge¹⁴, die ers-

teres verheißen, noch mehr nachgefragt. Hinzu kommt, dass Studiengebühren die endgültige Durchkapitalisierung der Hochschulen bedeuten würden. Bildung wäre dann nichts als eine ganz gewöhnliche Ware, ein privates Gut, das individuell im Unternehmen Hochschule erstanden würde, dessen Nutzen auch von Anspruch her ein rein individueller, direkter, unmittelbarer wäre. Gegenwärtig ist Bildung zumindest noch ansatzweise ein öffentliches Gut, dessen Zugang keinen finanziellen, wenn auch genügend anderen (wie oben erläutert) Restriktionen unterworfen ist, und dem noch etwas von allgemeingesellschaftlicher Relevanz innewohnt¹⁵. Alles in allem würden Studiengebühren die bereits bestehende massive soziale Schieflage beim Hochschulzugang weiter verschärfen. Die entgegenwirkenden, dringend notwendigen Vorschläge, wie etwa ein allgemeines Anrecht auf materielle Absicherung (z.B. soziale Grundsicherung), sind zur Zeit im öffentlichen Diskurs vollkommen marginalisiert, da sie mit dem allgemeinen Leistungsfetischismus nicht konform gehen.

Funktion von Bildung

Die oben beschriebenen Verfahren der Auslese dienen letztlich dazu, die Verteilung von Studienplätzen verstärkt dem Primat des Marktes unterzuordnen, d.h. den Arbeitsmarkt mit bestimmten Kontingenten von in je spezifischer Weise qualifiziertem Personal zu versorgen. In dieser Logik gedacht, präsentiert sich das Ansinnen, universitäre Bildung bzw. Bildungschancen weiter auszudifferenzieren als höchst zweckrational. Gemeint ist damit eine

13 (Anm. der Red.): Dies wurde auch in der Corona-Pandemie sehr deutlich. Ein zentrales Argument für die schnelle Rückkehr zum Präsenzbetrieb ist, dass die Verluste an Humankapital auf dem Arbeitsmarkt durch verkürzte Bildungsmöglichkeiten möglichst niedrig sein sollen.

14 (Anm. der Red.): Studiengänge, die wenig Wert auf gesellschaftskritische Betrachtungen legen, sondern vielmehr rein auf gute Karrierechancen ausgelegt sind.

15 (Anm. der Red.): Im Text "Kritik der Studienreform am OSI, des studentischen Engagements und des Bildungsbegriffs" auf S.18 wird dieses Spannungsverhältnis noch weiter thematisiert.

Aufteilung der Studierenden in einen Teil von weniger „Begabten“, der in möglichst kurzer Zeit sehr „praxisorientiert“ einen berufsqualifizierenden Abschluss erwerben soll, und in einen anderen, kleineren Teil von höher „Begabten“, der sich vertieft mit der Materie auseinandersetzen und „richtig“ wissenschaftlich arbeiten soll.

Deswegen wird in letzter Zeit verstärkt die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen nach angelsächsischem Vorbild gefordert.¹⁶¹⁷ Die Einführung eines Bachelor-Studiengangs wäre ein Beispiel für einen berufsqualifizierenden Abschluss, der vom Umfang her etwas mehr als das bisherige Grundstudium umfassen würde. Die Kehrseite dieser Medaille wäre zum einen eine viel stärkere Verschulung des Studiums, ein weitgehender Verzicht auf wissenschaftliches Arbeiten sowie auf die Reflexion des eigenen Tuns, d.h. weniger Selbstständigkeit bei der Gestaltung des Studiums, und zum anderen ein Zuschneiden des jeweiligen Faches auf seine Kernbereiche, eine Einschränkung der jeweiligen Perspektive. Allerdings ist kaum zu leugnen, dass viele Studierende eben dieses Bedürfnis nach einer kürzeren Studienzeit artikulieren. Abgesehen davon, dass sich dieses Bedürfnis meist aus dem Wunsch nach schneller Karriere inklusive reichlich materieller Gratifikationen speist, wäre es durchaus kompatibel mit einer Vorstellung von Selbstbestimmung, die es jedem und jeder Studierenden freistellt, wie lange er an einer Hochschule zu verweilen gedenkt. Jedoch ist es angesichts der gegenwärtigen politi-

schen Situation naiv, zu glauben, die Einführung eines Bachelor- Abschlusses würde nicht früher oder später dazu missbraucht, weitere Hürden der Auslese zu errichten. Erstens ist es so, daß BAFöG- Leistungen nur bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss¹⁸ gewährt werden.¹⁹ Zweitens wäre es ein Leichtes, die Entscheidung, nach Erwerb des Bachelors das Studium fortzuführen, nicht den individuellen Wünschen der Studierenden zu überlassen, sondern mit gewissen „objektiven“ Kriterien zu verknüpfen, sei es der Nachweis einer besonderen „Befähigung“, sei es ein bestimmter Notendurchschnitt etc. Auf diese Weise würde ein eigentlich progressives Ansinnen in sein Gegenteil umschlagen.

Dem Trend der Reduktion universitärer Bildung auf pure Ausbildung wäre ein aufklärerisches Bildungsideal²⁰ entgegenzuhalten, das, um mit Kant zu sprechen, den Menschen zum „Ausgang aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ befähigt, das ihn anregt, um seiner Selbstverwirklichung willen gesellschaftliche Machtverhältnisse zu analysieren und zu kritisieren, um sie letztlich zu transzendieren. Die momentan an den Universitäten vermittelte Ausbildung dient wohl eher dazu, Individuen mit den nötigen Ressourcen zu versorgen, um im späteren außeruniversitären Konkurrenzkampf potenzielle MitbewerberInnen auszustechen. Dadurch werden gerade Statusunterschiede wie Machtverhältnisse bekräftigt, z.T. ausgeweitet, bestenfalls „modernisiert“, jedoch nicht überwunden.

16 Am OSI wird sich ab Januar eine Kommission explizit damit befassen.

17 (*Anm. der Red.:*) Die Bologna-Reform führte die Bachelor und Masterstudiengänge in Deutschland im Jahr 2002 ein. Die Reform brachte ein Prozess der Verschulung mit sich und die im Folgenden beschriebenen und befürchteten Konsequenzen sind eingetroffen oder wurden zumindest angestoßen.

18 der dann der Bachelor wäre

19 (*Anm. der Red.:*) Auch Masterstudierende können BAFöG beziehen.

20 (*Anm. der Red.:*) Das aufklärerische Bildungsideal verfolgte auch die Deutsche Hochschule für Politik, aus der 1959 das OSI hervorging. Vgl. Buchstein, Hubertus/ Göhler, Gerhard: Die ersten 15 Jahre – von der Deutschen Hochschule für Politik zum Otto-Suhr-Institut, in: Leviathan 1992

Immerhin führten gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu einer gewissen Pluralität von wissenschaftlichen Ansätzen an den Hochschulen, so dass Gesellschaftskritik in engen Grenzen nischenhaft institutionalisiert werden konnte, wobei die Nischen immer mehr geschleift werden.²¹ Es besteht also immer noch zumindest die Möglichkeit, während des Studiums auf solche Ansätze zu stoßen. Zur Beibehaltung dieser Option bedarf es gerade in Zeiten eines konservativ-neoliberal geprägten gesellschaftlichen Klimas, das sich auch im hochschulpolitischen Diskurs niederschlägt, potenziertes Anstrengungen, um universitäre Freiräume zu bewahren und auszubauen.

21 (*Anm. der Red.:*) Glücklicherweise bietet auch das OSI heute noch Platz für diese Nischen. Nicht nur Studierenden-Lesekreise (z.B.: Ersti-Colloque) und Fachschaftsinitiativen befassen sich mit gesellschaftskritischen Themen, sondern auch einige Dozierende setzen den Themenschwerpunkt ihrer Lehre darauf. Dennoch geschieht dies natürlich nur in den oben beschriebenen Nischen, die dauerhaft um ihren Erhalt kämpfen müssen.



Erfahrung von Bildung oder Erwerb von für den Abschluss benötigten ECTS?

ZUM VERHÄLTNISS VON WISSENSCHAFT UND WAHRHEIT

Wie steht es um das Verhältnis von Wissenschaft und Wahrheit? Denn existiert Wissenschaft nicht im luftleeren Raum, sondern ist durch kapitalistische Machtstrukturen geprägt. In diesem erstmalig in 1999¹ erschienenen Text wird dieser Fragestellung nachgegangen, die heute aktueller ist, denn je. Entstehungsanlass war der Streit um das Allgemeinpolitische Mandat der Studierendenschaft.

Von der FSI*OSI (1999), redigiert von Benjamin Wilken

Seit 1994 werden Allgemeine StudentInnenausschüsse und StudentInnenräte wegen der Wahrnehmung des politischen Mandats² juristisch belangt.³ Damit wird den ASten (Allgemeine Studierendenausschüsse, Anm. d. Red.) jegliches politisches Engagement seitens der herrschenden Rechtsprechung verboten.⁴

[...] Im Streit um das Allgemeinpolitische Mandat der Verfassten Studierendenschaft ist es grundlegend, deutlich zu machen, wie sich das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft und damit auch von Allgemeinpolitik und Hochschulpolitik darstellt.

Wissenschaft kann als methodisch erforschende Erkenntnis, nicht von den gesellschaftlichen Zusammenhängen gelöst existieren. Sie bedarf einer vielschichtigen Form

der Arbeitsteilung, die es ermöglicht, daß es Menschen gibt, deren Reproduktion einen so geringen Teil ihrer verfügbaren Zeit darstellt, daß sie in der Lage sind, sich Wissen anzueignen, um hochkomplexe Zusammenhänge zu verstehen und neue Erkenntnisse herzustellen.

Diese Art Arbeitsteilung bedingt auch, daß sich eine Gesellschaft Wissenschaft nicht als Luxus leistet, sondern daß die Erkenntnisse der Wissenschaft Handlungsoptionen zum Lösen von Problemen aufzeigen, die in gesellschaftlichen Zusammenhängen auftreten. Wissenschaft übt hierin wichtige Funktionen und Aufgaben für die Gesellschaft aus, und dient ihr als Werkzeug zur Regulierung und Optimierung des Bestehenden.

Auf der Ebene des Individuums, des Wissen-

1 Mehr zum Kontext und zur Wiederveröffentlichung siehe S.6.

2 (Anm. der Red.): Gemeint ist damit, dass an der Universität sowohl hochschulpolitische als auch allgemeinpolitische Inhalte besprochen, diskutiert und kritisiert werden dürfen.

3 (Anm. der Red.): Die ruhigen 80er Jahren, welche die unruhigen Jahre der 68er-Bewegung ablöste, folgte ein Jahrzehnt, welches sich durch „Klagewelle[n]“ vom RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) oder der Republikanischen Hochschulgruppe gegen die ASten kennzeichnete.

4 (Anm. der Red.): Die Verwaltungsgerichte hätten Veröffentlichungen von Artikeln, Veranstaltungen und die Auseinandersetzung mit rechten Burschenschaften untersagt. Dazu heißt es: „Dadurch wurde eine kritische Hochschulpolitik, die ohne die Einordnung in gesamt-gesellschaftliche Zusammenhänge nicht auskommt, im Keim erstickt und der politische Diskurs unter Studierenden in ihren Medien unterbunden.“ Grund hierfür war die Ausgangslage, dass der Betrag, der bei der Einschreibung fällig wurde, ein „Zwangsbeitrag“ sei, da die Studierenden gezwungen seien, diesen zu entrichten. Die Asten seien demnach ein „öffentlich-rechtlicher Zwangsverband“, welcher laut Grundgesetz (GG Art. 2, Abs. 1, persönliche Handlungsfreiheit) der Bildung Grenzen setzt. Es käme so zu einer Trennung von Hochschul- und Allgemeinpolitik. Um dem Verbot der Allgemeinpolitik entgegenzutreten haben der Asta als auch die Fachschaftsinitiative des Otto-Suhr-Instituts Veranstaltung durchgeführt.

schaftlers oder der Wissenschaftlerin, besteht eine noch engere Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Verhältnissen, weil sich wissenschaftliches Erkenntnisinteresse nicht losgelöst von der Sozialisation des Individuums entwickelt. Schon die Sprache und Begriffsbildung, ohne die kein Denken und schon gar nicht ein analytisch-methodisches existieren kann, ist durch die Inter-subjektivität determiniert.⁴ Dadurch sind auch gesellschaftliche Normen, entspringend aus den Verhältnissen, immer Bestandteil des Erkenntnisinteresses und nicht von diesem abtrennbar.

Gesellschaftliche Verhältnisse sind immer auch abhängig von historisch spezifischer Vormachtstellung wirtschaftlicher, politischer und kultureller Art innerhalb einer Gesellschaft und spiegeln sich in Wissenschaft wieder.

In der [...] [bürgerlichen] Gesellschaft bestehen zum Beispiel patriarchale Machtstrukturen, um deren Aufdeckung feministische Wissenschaft bemüht ist. Daneben bestehen kapitalistische, ökonomische Machtstrukturen, die für unsere Gesellschaft bestimmend sind, die alles unter die ökonomische Verwertbarkeit zwingen. Genügt etwas nicht diesem Postulat⁵, geht es im Konkurrenzdruck unter und wird vernichtet.

Auch die Wissenschaft unterliegt diesem Druck und muß, um existieren zu können, verwertbares Wissen produzieren. Daß heißt, sie muß garantieren, Probleme zu lösen, die das Bestehende im Fortgang behindern und systemimmanente Optimierungen vornehmen.

Dabei ist Universität als Teil staatlicher Institutionen zu sehen.

[...] [Jedoch] kann Wissenschaft nicht 'fröhlich' walten, ohne daß ihre ökonomische Existenz auch weiterhin gesichert bleibt. Auch die regierenden Politiker, die zum Beispiel ein Eigeninteresse besitzen könnten, mögliche Wählerstimmen von 'fröhlichen' Wissenschaftlern und Studentinnen zu bekommen, sind finanziell an Zwänge gebunden, die aus dem wirtschaftlichen System entspringen. Die Wissenschaft kann so nicht unbedingt humanitären Werten, sondern muß der Logik der Gewinnmaximierung folgen.⁶

[...] [Dadurch gehen] Nischen gesellschaftskritischer Reflexion im wissenschaftlichen Betrieb verloren. Im gesamt-universitären Bereich ist dies vor allem bei Fächern zu sehen, deren 'Marktkompatibilitäten' eher schlecht aussehen und daher nicht weiter finanziert werden.

[...] [Es] ergeben sich bestimmte Folgen für das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft. Universitäten sind formal unabhängig von staatlicher Politik und unterliegen nicht dem direkten Einfluß politischer Instanzen. Dies ist auch eine gesellschaftliche Errungenschaft, die es zu verteidigen gilt und steht im Gegensatz zur direkten Vereinnahmung von Wissenschaft durch die Politik.

Werden jedoch die gesellschaftlichen Verhältnisse und Strukturen ausgeblendet und nicht von Wissenschaft thematisiert, wird also nur die formale Unabhängigkeit von Hochschule und staatlicher Politik gesehen, bestätigen sich die Sachzwänge und Machtstrukturen und werden zementiert.

Gerade die Forderung, den Zusammenhang von Wissenschaft und Gesellschaft zu the-

5 (Anm. der Red.): Das Handeln ist durch persönliche, auf andere Subjekte bezogene Eindrücke bestimmt.

6 (Anm. der Red.): Diese Entwicklung sei auch am OSI beobachtet worden, bspw. bei der „Prioritätensetzung, wenn es um drittmittelfinanzierte Forschung“ gegangen sei. Des Weiteren sei die Anzahl der Professuren reduziert worden. Die habe zur Folge gehabt, dass kritische Themen durch den Mainstream abgelöst wurden.

matisieren, wird als Angriff auf die formale 'Unabhängigkeit' gesehen und als Vorwurf der ideologisierten und politisierten Wissenschaft abgetan. Doch das Gegenteil ist der Fall: Indem die immanenten Abhängigkeiten aufgezeigt werden, kann sich die Wissenschaft erst ein Stück weit von dem, was sie dominiert, frei machen.

'Unreflektierte' Wissenschaft blendet die Folgen von Forschungsergebnissen aus und kann sich so zum Instrument menschenverachtender und technikfetisierender Politik machen. Die Politikwissenschaft ist hierbei nicht ausgenommen.

Nennt sich eine Wissenschaft also 'kritisch', muß sie auch hinterfragen, aus welchen Gründen sie betrieben wird, welche Interessen sie leiten und welche Folgen sie hat, wobei auch das individuelle Erkenntnisinteresse thematisiert werden muß. Ganz im Sinne Sartres: „Intellektuell ist derjenige, der sich um Sachen kümmert, die ihn nichts angehen.“

Viele Zeichen deuten jedoch in eine [...] andere Richtung: Sachzwänge finanzieller Art und marktkonforme Ideologien wollen die Universität vollständig unter die kapitalistischen Gesetze werfen. Dabei spielt auch die politische Entmündigung von Studierenden eine wichtige Rolle. Eine Universität, an der alle Studierenden ein gut verwertbares Wissen erwerben können, das den Gesetzen des Marktes folgt, muß nicht noch demokratisch verwaltet werden. Nischen des selbstbestimmten Studiums wirken störend und sind, im Einverständnis aller, abzuschaffen. Politische Äußerungen Studierender behindern den reibungslosen Ablauf, denn das Engagement und der Zeitaufwand könnten besser in berufsorientierende Projekte gesteckt werden.

Hierbei wird auch die Intention deutlich, die hinter den Forderungen von Trennung hochschulpolitischer und allgemeinpoliti-

scher Arbeit, stehen. Die verfaßte Studierendenschaft solle sich um den reibungslosen Ablauf kümmern, um die Berufschancen der neuen Bildungselite zu befördern. Das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft und damit die gesellschaftlichen Verhältnisse sollen ausgeblendet werden, um keine Möglichkeit zu lassen, das eigene Handeln zu hinterfragen.

Das Verbot des Politischen Mandats muß also als Entmündigung der Studierenden verstanden werden, weil die Trennung von Hochschulpolitik und Allgemeinpolitik nur konstruiert ist und ihre Trennlinien auf Willkürakten der Gerichte beruhen. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes, ohne die Leitung eines anderen zu bedienen und das bedeutet auch sich politisch zu äußern.

Gerade der AStA könnte, weil er als Organ noch nicht vollständig den 'neuen Sachzwängen' unterworfenen ist, einen Beitrag zur 'Humanisierung' gesellschaftlicher Vorgänge leisten. [...] [Auch] wenn es juristische Spitzfindigkeiten [...] und gesellschaftlich bedingte Auslegung von Gesetzen erzwingen wollen.



Marktkonformer Lernbetrieb oder Ort der Erkenntnis? Beides?

KRITIK DER STUDIENREFORM AM OSI, DES STUDENTISCHEN ENGAGEMENTS UND DES BIL- DUNGSBEGRIFFS

von Jahne Nicolaisen

„DER SACHE, DER ICH ZEIT SCHENKE,
SCHENKE ICH LIEBE; DIE GEWALT IST RASCH“
– MAX HORKHEIMER

Alle, die seit dem Wintersemester 2019/2020 am OSI den Bachelor angefangen haben, studieren mit der neuen Studien- und Prüfungsordnung (SPO) von 2019. Das Ziel dieses Textes ist eine Darstellung der vergangenen Studienreform am OSI, die sich mit einer Kritik an (politischer) Bildung, universitärer Gremienarbeit und der Gesellschaft im Ganzen verbindet. Die Studienreform war langwierig und mühselig: Immer wieder hatten wir als FSI*OSI mit Intransparenz, den hierarchischen Universitätsstrukturen, professoralen internen Absprachen und rechtlichen, uns meist unbekanntem Feinheiten zu kämpfen. Da nur die komplette Streichung der Tutorien verhindert werden konnte, politische Theorie und Ide-

engeschichte weiter dezimiert wurde und eine breite gemeinsame, studentische Praxis trotz unserer Bemühungen innerhalb der Studierendenschaft während des Reformprozesses ausblieb, sind folgende Fragen zukünftig zu stellen: Inwiefern hat die Mitarbeit in einer Studienreform befreiendes Potential? Oder inwiefern verwaltet eine Fachschaft damit – und mit der Gremienarbeit generell – die gesellschaftliche Fremdbestimmung, die sich auch an der Universität zeigt? Diese Fragen will ich¹ auch deshalb stellen, weil selten Studienreformen mit allgemeinen Entwicklungen vermittelt und kritisiert werden². Nach der Skizze des Reformprozesses (I.) und der Zusammenfassung der Ergebnisse (II.) wende ich mich

1 Ich war als Mitglied der FSI*OSI am Reformprozess beteiligt. Ich bedanke mich für die sehr hilfreiche Kommentierung früherer Versionen des Textes und für die reichen Erfahrungen, die ich mit der FSI über die Jahre machen konnte. Ohne sie und die Freundschaften, die nicht selten aus der FSI hervorgingen, wäre die Zeit am OSI und das Leben in Berlin gewiss noch trüber gewesen.

Anmerkung zur Sprache: Mit den Personenbezeichnungen wird keine Aussage über reale Geschlechter getroffen. Das grammatikalische Geschlecht (Genus) ist eine ganz andere Kategorie als das soziale bzw. biologische Geschlecht (Sexus). Wird Sexus in Genus hineininterpretiert, handelt es sich um einen Kategorienfehler. Versuche, reale Geschlechter vollständig mit Worten auszudrücken, scheitern immer wieder, weil es scheitern muss, Nicht-Begriffliches gänzlich mit Begrifflichem auszudrücken, da es etwas gibt, das sich dem Begriff entzieht – das Nichtidentische. Oder, anders gesagt: Natur ist das schlechthin Unbestimmbare (Adorno). Versuche, die real schändlichen Geschlechterverhältnisse zu ändern, müssten sich einer materialistischen Perspektive zufolge mehr auf die realen Verkehrsformen und Strukturen dieser Gesellschaft konzentrieren. Dann verändert sich vielleicht auch die Sprache.

2 Vgl. Schultheis, Joshua. 2018: „Warum Hochschulpolitik“, in HUCh - Humboldt Universität collected highlights, Nr. #87: 21–22.

diesen gesellschaftskritischen Fragen an Reformen und Bildung heute zu (III.). Ich schließe mit einem Fazit (IV.).

I. Der Prozess

Die SPO wurde in einer Studienreformkommission (SRK) in eineinhalb Jahren ausgearbeitet. In dieser Kommission diskutierten, paritätisch nach den vier Statusgruppen besetzt: Studentinnen, wissenschaftliche Mitarbeiter, wissenschaftsunterstützendes Personal (d.h. Verwaltungsmitarbeiterinnen, die vormals als „Sonstige Mitarbeiter/innen“ bezeichnet wurden) und Professoren³. Sie bereiteten einen unverbindlichen Entwurf vor, der dann einmal die universitäre Hierarchie⁴ vom Institutsrat bis zum Akademischen Senat durchlief, bis er letztlich verabschiedet werden konnte. In den Sitzungen ging es hoch her, weil Statusgruppen und einzelne Personen verschiedene Vorstellungen eines gelungenen Studiums und unterschiedliche Interessen hatten. Wird ein Bereich in der SPO aufgewertet, verliert ein anderer an Bedeutung. Die Entscheidung darüber, was und wie im Politikstudium gelehrt wird, ist natürlich auch eine politische.

Als Grund für die Reform der alten SPO, die seit 2012 – und mit leichten Veränderungen seit 2016 – galt, wurde vor allem die Überbelastung einiger Arbeitsbereiche angeführt. Die Professoren wollten mehrheitlich eine Anpassung an die tatsächlich vorhandenen Kapazitäten der Arbeitsbereiche – an Kapazitäten allerdings, deren Abbau entweder einzelne Professoren zusammen mit dem

Präsidium noch verstärkt oder ohne großen Protest hingenommen hatten. Die strukturellen Gründe für die wiederkehrenden Kapazitätsprobleme wurden nicht angegangen: Die aktuelle Kapazitätsverordnung (ein Bundesgesetz, das auf der Länderebene alle paar Jahre novelliert wird) sieht eine Berechnungsgrundlage zum Verhältnis von Studierenden zu Lehrenden vor, mit dem Effekt, dass für jede zusätzliche Lehrveranstaltung mehr Studenten zugelassen werden. Das heißt, zusätzliches Lehrpersonal kann schon strukturell nicht zu geringeren Seminargrößen führen.

DIE ENTSCHEIDUNG DARÜBER, WAS UND WIE IM POLITIKSTUDIUM GELEHRT WIRD, IST NATÜRLICH AUCH EINE POLITISCHE.

Ein breiter Diskussions- und Entscheidungsprozess am OSI, vor allem mit den Studenten, war – trotz

zahlreicher Konflikte innerhalb der Professorenschaft – von Anfang an nicht gewollt. So gab es nur die SRK. Als FSI*OSI entschieden wir uns damals trotzdem an diesem Reformprozess mitzuwirken, um Schlimmeres zu verhindern. Aus der Erfahrung vergangener Studienreformen ahnten wir, dass es wieder darauf hinausläuft, die bestehenden Freiheiten im Studium zu verteidigen. Was drohte, war vor allem eine Begrenzung der Wahlfreiheit, eine weniger plurale Lehre, die Streichung der Einführungstutorien, die Stärkung von quantitativen zuungunsten von qualitativen Methoden sowie ein stärkerer Vorlesungscharakter des Studiums mit insgesamt weniger Seminaren.

Die SRK wurde im November 2017 eingerichtet und tagte bis zum Juli 2018 fast jeden Monat und dann nur noch zwei Mal im November sowie je einmal im Februar und April 2019. Rückblickend erscheint es als

3 Diese vier Statusgruppen sind gesetzlich festgelegt.

4 Wem all diese hochschulpolitischen Begriffe unbekannt sind, findet beim AStA FU erste Informationen. Die kleine Handreichung "Wegweiser Hochschulpolitik" gibt es zu "Gremien und Organe der FU Berlin" und zur "Studentische[n] Selbstverwaltung". Beides als gedruckte Version beim AStA FU selbst erhältlich oder online als PDF unter www.astafu.de/hopo.

klüger, die Studienreform innerhalb der FSI*OSI weniger auf die studentischen Mitglieder in der SRK auszulagern und eher ins Zentrum der internen Debatte zu stellen. Während in der Anfangsphase (bis Juli 2018) einige der studentischen Forderungen Eingang fanden und sogar einmal ein pragmatischer Gegenvorschlag von uns hinsichtlich der Modulgestaltung des Grundlagenbereichs angenommen wurde, war mit dem Ende des Sommers 2018 gleichzeitig die ohnehin geringe Aufmerksamkeit der Studentinnen dahin. Als sie dann im November kurz da war und sich Protest regte, war der Rahmen der SPO weitestgehend abgesteckt und keine Zeit mehr für Diskussionen, da ein enger Zeitplan eingehalten werden musste. Dennoch gründete sich eine circa 15 Studenten umfassende „Protestinitiative“, die leider nach zwei Wochen versickerte.

Über dem gesamten Prozess schwebte die erste Prüfung durch die beim FU-Präsidium angesiedelte „Abteilung V für Lehr- und Studienangelegenheiten“. Als diese Prüfung am 7. Dezember schließlich die studentischen Tutorien in den zur Studienordnung gehörenden Modulbeschreibungen als zulässige „Lehr- und Lernform“ mit einer umstrittenen Interpretation der Kapazitätsverordnung (Studenten könnten keine Lehrpersonen sein) ausschlossen, wurden die weiteren Modulbeschreibungen bereits ohne die Studentenvertretung geschrieben. So war es wenig verwunderlich, dass wir nicht einmal unsere Minimalforderungen durchsetzen konnten und diese – vor allem den Erhalt der Tutorien – erst im Februar durch studentischen Protest und professorale Unterstützung im Institutsrat erhalten

blieben. Allerdings war Anfang Dezember bereits abzusehen, dass studentische Stimmen nicht wirklich interessierten, da bis zur Debatte und Beschlussfassung im Institutsrat⁵ am 6. Februar 2019 auch keine SRK-Sitzungen mehr angesetzt wurden.

Nachdem dort unsere Kritik an der Studienreform abermals verpuffte, legten wir ein sogenanntes „suspensives Statusgruppenveto“ ein, welches den Beschluss im Institutsrat um eine Sitzung verschob. Eine zusätzliche SRK-Sitzung fand durch unseren Druck hin eine Woche vor der nächsten Institutsratssitzung am 17. April statt. Für die Gremienarbeit bezeichnend, wurden die studentischen Tutorien nicht durch diese erneute inhaltliche Beratung erhalten; es war dem bloßen Zufall geschuldet, dass ein freundlich gesinnter Professor einen anderen im Institutsrat vertrat und dadurch die Mehrheit für den Erhalt der Tutorien sicherte. An jenem 17. April 2019 konnte somit beschlossen werden, dass zehn (statt vorher zwölf) Tutorien nur für die Einführungsvorlesung vorgesehen sind und, wenn weiteres Geld aufgetrieben wird, es bevorzugt für Methodentutorien⁶ verwendet werden soll. Sogar die in der Rahmenstudien- und Prüfungsordnung (RSPO)⁷ vorgesehene ungeliebte Anwesenheitspflicht, die dank meist liberaler Auslegung wenig reale Auswirkungen am OSI hatte, konnte aus der Studienordnung gestrichen werden, weshalb einige Professoren im Fachbereichsrat am 8. Mai gewillt waren, sogar ihren eigenen Institutsratsbeschluss vom 17. April zu übergehen – ein einmaliger Versuch, der aber knapp scheiterte. Seit dem Wintersemester 2019/20 gilt diese SPO.

5 Der Institutsrat, bestehend aus allen vier Statusgruppen mit einer dauerhaften Mehrheit der Professoren, entscheidet über die grundsätzlichen Angelegenheiten des OSI. Fachbereichsrat und Akademischer Senat stehen über dem Institutsrat.

6 Die Corona-Pandemie hat derweil dazu geführt, dass ab dem Wintersemester 2021/22 neun zusätzliche Tutorien für alle großen Vorlesungen für zwei Jahre eingerichtet werden.

7 Zum historischen Hintergrund der RSPO, siehe S. 108-110 in 2018: "Kampf gegen Windmühlen? - Bildungsproteste 2009-2012", in: AStA FU (Hg.): FU70: Gegendarstellungen, Berlin, S. 106-110. Kostenlos erhältlich über den AStA FU und online einsehbar unter www.astafu.de/fu70.

II. Die Ergebnisse

Im Einführungsmodul tauchen nun studentische Tutorien als eine „Form aktiver Teilnahme“ auf. Das heißt, sie sind ungesichert, weil eine professorale Mehrheit jederzeit die Einführungstutorien streichen könnte. Die einzige wirkliche Verbesserung im Einführungsmodul ist, dass im PSTWA⁸ eine Hausarbeit geschrieben werden kann, die „undifferenziert benotet“ wird, d.h. die Note hat auf die Abschlussnote des BA keinen Einfluss. Damit ist der Druck zu Beginn des Studiums ein wenig reduziert. Gleiches gilt für das Modul „Politikwissenschaftliche Forschung“, das mit einer Teilnahme im Bachelorarbeits-Kolloquium sowie einer nicht-gewerteten forschungsorientierten Hausarbeit abgeschlossen werden kann. Ein zwischenzeitlicher ‚Verhandlungserfolg‘ war zudem, dass keine sogenannten „Kurse“ mit 60 Studentinnen statt der bisherigen „Proseminare“ (mit formell 40 Studentinnen) im Wahlbereich eingeführt wurden, weil so das chronische Problem überfüllter Seminare in interessanten und sowieso schon marginalisierten Bereichen durch solche großen „Kurse“ festgeschrieben worden wäre.

Die zwischenzeitliche Behauptung, dass die Module durch eine höhere interne Vielfalt diesen Verlust ausgleichen würden, hat sich nicht bestätigt. Die qualitativen Methoden werden gegenüber den quantitativen Methoden, die in der Modulstruktur gleichwertig angelegt sind, im halbjährlichen Lehrplanungsprozess und von den eher quantitativ orientierten Lehrpersonen weiter relativ schlechter gestellt. Eine große Verschlechterung

ist Folgendes: Im vormaligen Wahlbereich, der bezeichnenderweise in „Erweiterungsbereich“ umbenannt wurde, tauchen keine „Rechtlichen und philosophischen Grundlagen“ und keine „Politische Theorie“ mehr auf. Wer sich für das normative Fundament der Politikwissenschaft interessiert, kann nur noch im Vertiefungsbereich (mit vier Veranstaltungen, plus Bachelorarbeit) einen Studienschwerpunkt in politischer Theorie und Philosophie legen.

DER RAHMEN DES WÜNSCHBAREN WURDE VON ANFANG AN DURCH DIE ÜBERMACHT EINER UNVERNÜNFTIG EINGERICHTETEN GESELLSCHAFT BEGRENZT

In den letzten Jahren wurden vor allem die politiktheoretischen und philosophischen Grundlagen der Politikwissenschaft Schritt für Schritt von den Themen und Arbeitsbereichen verdrängt, die gerade im gesellschaftlichen und wissenschaftlichen (d.h. oft internationalen) Trend waren und die meisten Drittmittel einwarben (d.h. Internationale Beziehungen und Vergleichende Politikwissenschaft). So konnte die Pflichtlehre in der Politischen Theorie und Ideengeschichte nur über OSI-externe, schlecht bezahlte Lehrbeauftragte gedeckt werden (die meist gute Lehre machen). Diese Entwicklung kann, dem Fachhistoriker und politischen Theoretiker Prof. em. Dr. Gerhard Göhler folgend, in den 1970er Jahren begonnenen Professionalisierungs- und Internationalisierungsprozess der deutschen Politikwissenschaft eingeordnet werden, der weitestgehend ungesteuert verlaufen und bei dem die professionelle „Reflexionsnotwendigkeit“ und „Kritikfähigkeit“ tendenziell auf der Strecke geblieben sei⁹.

⁸ PSTWA: Proseminar, Techniken wissenschaftlichen Arbeitens, ein vierstündiges Seminar im ersten Semester.

⁹ Vgl. Göhler, Gerhard 2019: „Je mehr ich darüber nachdenke, umso skeptischer werde ich“. Ein Gespräch über die Funktion der politischen Theorie und die Professionalisierung der Politikwissenschaft, in: Mattern, Philipp/ Pongrac, Timo/ Vogt, Tilman/ Wutzke, Dennis (Hg.): Abschied vom Unzeitgemäßen? Politische Ideengeschichte im Widerstreit. Festschrift für Klaus Roth, BdWi-Verlag, Marburg, S. 81-84.

III. Die Kritik der Reform im gesellschaftlichen Kontext

Neben den winzigen Verbesserungen ist das größte Problem an dieser Reform, dass vieles bleibt. Eine institutsnähere Kritik der Studienbedingungen am OSI bleibt wichtig, doch nun soll gesellschaftskritisch das Ganze einbegriffen werden. Sachlich ist dies notwendig, weil die besonderen Einzelmomente am OSI in die Konstruktion des gesellschaftlichen Ganzen eingehen und umgekehrt gesellschaftliche Zwänge auf das Besondere hier wirken; und zwar noch dort, wo kaum jemand es erahnt. Das ist mit der Hoffnung verbunden, dass diese Kritik Einsichten zur Sache gibt und über vermittelte Wege doch zu einer bewussteren Praxis beiträgt. Das soll nicht als ‚konstruktive Kritik‘ missverstanden werden, die ein Widerspruch in sich ist, da sie gegebene Strukturen nicht infrage stellt und daher nichts Neues ‚konstruiert‘. Gesellschaftskritik muss notwendigerweise aufs Ganze gehen. Wenn sie der einzelnen Sache ‚konstruktiv‘ nachgeht, wird sie auf die Vermittlung mit dem Ganzen stoßen, *„weil konsequente Kritik an bestimmten gesellschaftlichen Sachverhalten diese unweigerlich als bloße Momente jenes Ganzen zu erkennen gibt“*¹⁰, so Dirk Braunstein, der Marx und Engels aus einem Artikel für die „Neue Rheinische Zei-

tung“ von 1848 zitiert: *„Verlangt eine teilweise Reform in den industriellen und kommerziellen Zuständen [...], und sie halten euch die Verkettung und die Wechselwirkung der Gesamtorganisation entgegen. Verlangt die Umwälzung der Gesamtorganisation, und ihr seid destruktiv, revolutionär, gewissenlos, utopisch und überseht die partiellen Reformen. Also Resultat: Laßt alles beim Alten“*¹¹. Daher muss Gesellschaftskritik noch das Ohnmächtige der eigenen Kritik begreifen und denunzieren: *„Das Ganze ist das Unwahre“*¹².

Der Rahmen des Wünschbaren wurde von Anfang an durch die Übermacht einer unvernünftig eingerichteten Gesellschaft begrenzt: Das zeigt sich nicht nur an der professoralen Mehrheit in allen Entscheidungsgremien¹³ oder an den unbearbeiteten Problemen der neoliberalen Bologna-Reformen¹⁴, sondern vor allem am kapitalistischen Zwang zur Verwertung im gesellschaftlichen Tauschverhältnis und der ihm adäquaten Form politischer Souveränität (Staat), der viele Wünsche nicht zuließ. Dass sich an diesen Bedingungen mit einer Studienreform nichts ändern würde, war klar. Eine Struktur, die ein offenes, selbstbestimmtes Studium hin zu politischer Mündigkeit¹⁵ ermöglicht, bleibt ein Phantasiegebilde. Durch herrschaftskritische Inhalte

10 Braunstein, Dirk 2018: Adorno nicht. Kritik in Zeiten deren Unmöglichkeit, in: Wahrheit und Katastrophe. Texte zu Adorno, S. 45-54, hier: S. 48.

11 Marx, Karl/ Engels, Friedrich: Thiers' Rede über eine allgemeine Hypothekenbank mit Zwangskurs, in: MEW, Bd. 5, S. 423, zitiert nach: Braunstein, Dirk 2018: Adorno nicht. Kritik in Zeiten deren Unmöglichkeit, in: Wahrheit und Katastrophe. Texte zu Adorno, S. 45-54, hier: S. 50.

12 Adorno, Theodor W. 2003 [1951]: Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, S. 55.

13 Diese Mehrheit sollte durch eine Viertelparität, bei der alle vier Statusgruppen gleichviel Stimmen haben, ersetzt werden. Das Prinzip der Sachautorität – bei dann 50% wissenschaftlichem Personal aus Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern – schützt dann auch davor, wissenschaftliche Wahrheit durch Mehrheitsentscheide der größten Statusgruppe zu beeinflussen. Eine weitere Demokratisierung der Universität setzt gesellschaftliche Veränderungen voraus, die außerhalb universitärer Entscheidungen liegen.

14 Ein 1999 gestarteter, EU-weiter Reformprozess. Probleme sind u.a. hohe Prüfungslast, Modularisierung, Regelstudienzeit, internationaler Vergleichbarkeitswahn (siehe unten) und Vereinheitlichung des Studiums.

15 „Mündigkeit“ bezeichnet im allgemeinen Sinne die Fähigkeit, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen. Zu den heutigen Widersprüchen der Mündigkeit, siehe Messerschmidt, Astrid 2015: Widersprüche der Mündigkeit. Anknüpfungen an Adornos und Beckers Gespräch zu einer „Erziehung zur Mündigkeit“ unter aktuellen Bedingungen neoliberaler Bildungsreformen, in: Ahlheim, Klaus/ Heyl, Matthias (Hg.): Adorno revisited. Erziehung nach Auschwitz und Erziehung zur Mündigkeit heute, Offizin Verlag, Hannover, S. 126-147.

(etwa die feste Verankerung feministischer Seminare oder solche zur Kritischen Theorie), eine Zeit gebende Struktur für die Hingabe an bestimmte Gegenstände und öffentliche Gesellschaftskritik (statt fast nur Politikberatung oder peinlicher Kommentare bei Twitter) könnte das Institut dem falschen Ganzen wenigstens so viel entgegensetzen, dass es sich am Ende nicht noch selbst untergräbt, samt seiner vorherrschend liberalen, postmodernen und sozialdemokratischen Orientierungen.

Leider schreibt sich mit dieser Studienreform die Tendenz der letzten Jahre fort. Denn zeitgleich endete auch die jahrelang von Konflikten um ihren Erhalt begleitete Professur für Politische Ideengeschichte¹⁶. Damit passt sich das OSI an den bundesdeutschen Standard an, der tendenziell bei Professuren zu „Politischer Theorie und Ideengeschichte“ den Zusatz „Ideengeschichte“ herausstreicht und bei Neubesetzungen mit empirischer Forschung verbindet¹⁷. Wer heute kritische Theorien¹⁸ studieren will, geht heute vielleicht eher nach Frankfurt, Wien oder gar Oldenburg als nach Berlin. Ein Institut, das nach 1945 im Geiste der (staatsbürgerlichen) Demokratiebildung und der ‚Erziehung zur Mündigkeit‘ (Adorno) aufgebaut wurde¹⁹, wird zu einem Institut, das an grundsätzlicher politiktheoreti-

scher, normativer Reflektion und vor allem an Herrschaftskritik immer weniger interessiert ist. Traurig ist, dass dies nicht einmal viele am OSI zu stören scheint.

Damit sind nicht nur einige Professoren gemeint. Viele Studentinnen wollen schnell abschließen und in Regierungsinstitutionen arbeiten, ohne lange die bestehenden Strukturen und gesellschaftlichen Ideologien zu hinterfragen – gleichzeitig haben sie auch objektiv weniger Zeit dafür, konkurrieren

**FAKT IST ABER, DASS DIE
UNIVERSITÄT ALS
KRISTALLISATIONSPUNKT
GESELLSCHAFTLICHER
WIDERSPRÜCHE IM BEWUSSTSEIN
VIELER NICHT MEHR VORKOMMT.**

untereinander und haben ein berechtigtes Desinteresse an diesen frustrierenden Universitätsstrukturen, weshalb ich keinen moralistischen Vorwurf erheben will. Fakt ist aber,

dass die Universität als Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Widersprüche im Bewusstsein vieler nicht mehr vorkommt. Dabei werden an diesem der Wahrheit verpflichteten Ort notwendigerweise Selbstrechtfertigungsfragen der Gesellschaft diskutiert und teilweise ideologisch verdeckt. Der Soziologe Julian Schenke beobachtet, dass der *„altehrwürdige studentische Korporationsgedanke – die Studierendenschaft als potenzielles politisches Subjekt mit gemeinsamem reformerischem Interesse – seine Prägekraft weitgehend eingebüßt“* hat. Vom ‚Altehrwürdigen‘ abgesehen, stimmt es, dass es *„die Dezimierung studentischen Organisationswesens“* real gibt, die die

16 Zur Geschichte des Lehrstuhls und zum langjährigen Inhaber Klaus Roth, der u.a. in Kritischer Theorie, Hegel und Marx bewandert war, vgl. Mattern, Philipp/ Pongrac, Timo/ Vogt, Tilman/ Wutzke, Dennis 2019: Abschied vom Unzeitgemäßen? Politische Ideengeschichte im Widerstreit. Festschrift für Klaus Roth, BdWi-Verlag, Marburg.

17 Vgl. Buchstein, Hubertus/ Jörke, Dirk 2021: Professuren für Politische Theorie und Ideengeschichte – Eine kleine Bestandsaufnahme 2021, in: <https://www.theorieblog.de/index.php/2021/09/professuren-fuer-politische-theorie-und-ideengeschichte-eine-kleine-bestandsaufnahme-2021/>. Daraus geht auch hervor, dass die Anzahl von Professuren in diesem Teilbereich entgegen dem manchmal aufkommenden Eindruck nicht sinkt, sondern bei 50 relativ stabil bleiben (in Deutschland).

18 Mit kleinem K, da sich das Verständnis Kritischer Theorie auch dort kaum findet. Kritische Theorie bleibt ortlos.

19 Vgl. Buchstein, Hubertus/ Göhler, Gerhard: Die ersten fünfzehn Jahre - Von der „Deutschen Hochschule für Politik“ zum „Otto-Suhr-Institut“, in: Leviathan, Jahrgang 17, Nr. 1 (März 1989), S. 127-139.

„praktisch-politische Handlungsfähigkeit der Studierenden“ entscheidend einschränkt: „Unter dem von ihnen häufig geforderten ‚Engagement‘ verbirgt sich in der Regel der Wunsch, über zivilgesellschaftliche oder ehrenamtliche Tätigkeiten im Kleinen Selbstwirksamkeitserfahrungen zu sammeln, während die konfliktive politische Auseinandersetzung verzagt gemieden wird“²⁰.

So kanalisiert sich vielleicht Widerspruch in kleinen Projekten oder in ausgezeichneten Hausarbeiten (die wiederum fast niemand liest und hauptsächlich dem eigenen Abschluss dienen). Nur selten kommt es an der Universität zu großen Protesten, z.B. im Januar 2017, als hochschul- und stadtpolitische Forderungen in der Besetzung des Instituts für Sozialwissenschaften an der HU Berlin zusammentrafen. Die 1968er-Bewegung ist ein älteres, gern beschworenes Beispiel; auch der große „Bildungsstreik“ von 2009 ging von Universitäten und Schulen aus²¹.

Das führt zur Frage, was universitäre Bildung ist. Die Entfesselung individueller Leistungsfähigkeit und die Anregung zu dauernder Aktivität durch Bildungsreformprozesse der letzten Jahre²² nimmt der Bildung immer mehr, was ihre Substanz ist. Max Horkheimer sagte schon 1952: *„Der Prozess der Bildung ist in den der Verarbeitung umgeschlagen. Die Verarbeitung - und*

darin liegt das Wesen des Unterschieds - läßt dem Gegenstand keine Zeit, die Zeit wird reduziert. Zeit aber steht für Liebe; der Sache, der ich Zeit schenke, schenke ich Liebe; die Gewalt ist rasch. Man könnte also vertreten, dem Begriff der Bildung wäre im wörtlichsten Sinn seine Substanz dadurch entzogen worden, daß es nichts Ungebildetes, keine unbeherrschte Natur im menschlichen Bereich überhaupt mehr gibt, die zu bilden wäre, und daß es vielleicht eher darauf ankommt, an diese, an das noch nicht ganz von menschlicher Planung und Selbstdisziplin Bewältigte zu mahnen, als das Reich der Bildung auszudehnen, das ohnehin total zu werden scheint“²³.

Ist Bildung, wie Horkheimer meint, vorrangig die individualistische Verwertung des Materials der inneren und äußeren Natur geworden, mahnt er, eine solche „Bildung“ weiterzuverbreiten. Wenn Bildungsrhetorik real dazu dient, das Subjekt „für seine eigene unternehmerische Lebensführung in völliger Übereinstimmung mit dem Betrieb“²⁴ zu funktionalisieren, dann gibt es weder Zeit noch Liebe. Eine der „geistigen Ursachen der Bildungskrise“ sieht Horkheimer im „Festhalten des aufs vereinzelte Ich bezogenen Bildungsbegriffs“²⁵. Dagegen weist er mit Hegel und Goethe einen Ausweg aus dem selbstzerstörerischen „Kult des Individuums“: *„Jene beiden haben gewußt, daß der Weg der Bildung einer der Entäußerung ist; man könnte auch schlicht sagen: einer*

20 Schenke, Julian 2020: Student und Demokratie. Zum politischen Potenzial deutscher Studierender in Geschichte und Gegenwart, transcript Verlag, Bielefeld, S. 487. Inwiefern das, samt der gesellschaftstheoretischen Annahmen, bei jedem Engagement zutrifft, kann hier nicht beantwortet werden. Er glaubt, dass sich die kaum noch formierende Interessengruppe der Studenten am ehesten bei einer plötzlichen Wirtschaftskrise wieder verfestigen würde, nämlich „in der identitätspolitischen und privilegiensichernden Verhärtung eines gebildeten, liberalen Bürgertums gegen die technisch-industriell, gewerblich und ländlich orientierten Mittelschichten“ (S. 490).

21 Zu Geschichten des (studentischen) Protests an der FU Berlin, siehe AStA FU (Hg.) 2018: FU70: Gegendarstellungen, Berlin. Kostenlos erhältlich über den AStA FU und online einsehbar unter www.astafu.de/fu70.

22 Vgl. zu Bildungsreformen Messerschmidt 2015 (nach Fußnote 15): S. 139-147.

23 Horkheimer, Max 1985 [1952]: Begriff der Bildung, in: Schmid Noerr, Gunzelin/ Schmidt, Alfred (Hg.): Max Horkheimer. Gesammelte Schriften. Band 8, S. 409-419, hier: S. 411-412.

24 Messerschmidt 2015 (nach Fußnote 15): S. 140.

25 Horkheimer, Max 1985 [nach Fußnote 23]: S. 415.

*der Erfahrung. Gebildet wird man nicht durch das, was man ‚aus sich selbst macht‘, sondern einzig in der Hingabe an die Sache, in der intellektuellen Arbeit sowohl wie in der ihrer selbst bewußten Praxis*²⁶. Diese Hingabe an das „Andere, Objektive“ ist nicht nur ein besonderes Arbeitsgebiet, sondern „ebenso und in erster Linie das, ohne was die Entfaltung des einzelnen gar nicht möglich ist; ich meine die vernünftige und menschliche Einrichtung, die Verbesserung und Durchbildung des gesellschaftlichen Ganzen“²⁷.

Dieser Begriff von Bildung wäre heute zu entfalten, trotz der gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Verunmöglichung: „so ist der Anachronismus an der Zeit: an Bildung festzuhalten, nachdem die Gesellschaft ihr die Basis entzog“²⁸. Adorno meint der Verfallsform der Bildung, der „Halbbildung“, die ohne gesellschaftsverändernden Anspruch nur noch konformistisches Bescheidwissen bedeutet, etwas entgegensetzen, wie Joshua Schultheis hervorhebt: „Halbgebildet zu sein, ist die subjektive Bedingung, um in der Gesellschaft zu reüssieren. Die Bildungsinhalte werden in ‚Embleme des Status‘ verwandelt, zu einem reinen Mittel des eigenen Fortkommens, einem weiteren Faktor in der Konkurrenz aller gegen alle: ‚Halbbildung ist der vom Fetischcharakter der Ware ergriffene Geist“²⁹. Der halbgebildete Geist lässt die Welt und ihre Dinge gar nicht mehr an sich heran und kann sie deshalb auch nur affirmativ aufnehmen, verkaufen, tauschen... anstatt sie zu kritisieren. Adorno zeigt, wie idealistisch falsch schon die

aufklärerische Idee von Bildung war und greift doch auf sie zurück, um den Verfall aufzuzeigen und eine erneute Barbarei zu verhindern: „Bildung gibt den Maßstab ab, an dem gemessen sich Halbbildung erst als systematische Verarmung und Entfremdung der Subjekte aufzeigen lässt“³⁰.

Heute in der ‚unternehmerischen‘ Universität, die von Exzellenzstrategie, allseitiger Flexibilität und ‚Kompetenzerwerb‘ durchdrungen wird, ist Bildung in „Unbildung“ umgeschlagen, so der Philosoph Konrad P. Liessmann: „Während Halbbildung noch kritisch auf die Idee von Bildung bezogen werden konnte, verliert diese nun jede Legitimität. Die Partikularisierung, Fragmentierung und gleichzeitige universelle Verfügbarkeit des Wissens läßt sich auf keine verbindliche Bildungsidee mehr beziehen, auch nicht in einem kritischen Sinn“³¹. Sein Konzept der Unbildung beschreibt, dass die humanistische Idee der Bildung als Regulativ „schlicht verschwunden“ ist: „Der entfremdete Geist, der bei Adorno noch in den zu Bildungsgütern herabgesunkenen Versatzstücken einstiger Bildungsansprüche sich umtrieb, ist in akklamierte Geistlosigkeit umgeschlagen“³². Ich denke, dass sich sowohl rudimentäre idealistische Bildungsansprüche als auch beide Verfallsformen, Adornos ‚Halbbildung‘ und Liessmanns ‚Unbildung‘, an deutschen Universitäten heute beobachten lassen. Der Ungeist ist nicht absolut zu setzen. Das war auch nicht ihre Intention. Beiden ging es auch darum, gesellschaftliche Tendenzen in ihrer Überspitzung aufzuzeigen und so Gegenteilstendenzen zu for-

26 Ebd.

27 Ebd.: S. 416.

28 Adorno, Theodor W. 2015 [1959]: Theorie der Halbbildung, S. 129.

29 Schultheis, Joshua [ohne Jahr]: Dialektik der Bildung, Bachelorarbeit, unveröffentlicht, hier: S. 10. Adornos Zitate nach Fußnote 28, dort: S. 108.

30 Ebd.: S. 12.

31 Liessmann, Konrad Paul 2006: Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft, Piper Verlag, München, S. 9.

32 Ebd.: S. 70.

men. Denn es gibt noch Menschen, die Bildung begehren.

Wie Magnus Klaue zeigt, trat der Bildungsbegriff Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland als „*Widersacher des Geistes*“³³ auf: Wurde ‚Bildung‘ für die liberalen Bildungsbürger zum inneren Besitz, trat ‚Bildung‘ als „*organischer*“, antiindividueller Strom bei Reaktionären wie dem Lebensphilosophen Ludwig Klages auf. Bildung wurde als Gegensatz zum Geist gesetzt, der als „*feindliches*“, „*zersetzendes*“, im schlimmsten Fall „*jüdisches Prinzip*“ aufgefasst wurde. Das Geistige galt als „*Leichtlebigen*“ und „*Ungebildetes*“ in den 1920er Jahren und wurde als „*jüdischer Geist*“ im Nationalsozialismus verfolgt.

Merkwürdig findet Klaue die studentische Erwartung, dass Universitäten mündig machen würden und dieses konformistisch einforderten, wobei er darauf hinweist, dass sie sich ihre Bildung an selbstbestimmten Gegenständen aneignen müssten, anstatt auf eine Institution wie die Universität zu hoffen. Somit besteht für das an geistiger Bildung festhaltende Individuum die „*fast unlösbare Aufgabe darin, weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen*“³⁴. In unserem Kontext bedeutet das gerade nicht, dass einzig das ‚Engagement‘ an der Universität vernünftig

wäre oder dass es klar wäre, wie dieses Sich-Nicht-Dumm-Machen konkret aussieht. Doch neben der staatlichen Gewalt, die gerade an der Universität in seiner staatsbürgerlichen Formung reflektiert werden müsste, wäre auf das Kapitalverhältnis mit seinem ihm immanenten Drang zur Profitmaximierung zu reflektieren, dem sich niemand entziehen kann: „*Wer sich für einen bestimmten Zweck engagiert, erfährt, wenn er sich nicht dumm machen lässt, stets aufs Neue, in welcher Weise er vom Souverän der Zwecklosigkeit, vom Selbstzweck des Kapitals, längst engagiert ist und schließlich doch seine Sache betreibt*“³⁵. Objektiv sind alle gezwungen, als Warensjekte aufzutreten und ihr Wissen verwertbar zu machen, um sich selbst zu reproduzieren.

FAKTISCH HAT SICH AN DER UNIVERSITÄT IMMER WIEDER GEZEIGT, DASS SICH OHNE DAS VERANTWORTLICHE ENGAGEMENT, DIE KRITIK VON STUDENTINNEN UND DEN BREITEN PROTEST WENIG ZUM BESSEREN BEWEGT HAT – ABER AUCH DAS FALSCH-GANZE BLIEB.

Wer daneben überhaupt noch die Zeit findet, sich freiwillig und meistens ohne Lohn an der Universität zu engagieren, findet darin nicht nur „*Sinnstiftung, Freude, Anerkennung, Gemeinschaft und Solidarität*“, sondern auch „*Prekari-*

tät und den Wunsch nach Qualifizierung“, so Silke van Dyk³⁶ und ihre Forscherinnen-gruppe; allerdings würden durch den Fokus auf die subjektive Erfahrung die objektiven Implikationen der politischen Ökonomie der Freiwilligenarbeit verdrängt. Freiwilliges Engagement sei demnach längst zur „*gesellschaftlichen Produktivitätsressource*“ geworden, während der Wohlfahrtsstaat weiter zusammenschrumpfe und stattdes-

33 Vgl. Magnus Klaues Vortrag "Die Bildung als Widersacher des Geistes", den er 2010 an der Universität Wien gehalten hat. Nachhörbar auf Youtube oder hier: audioarchiv.wordpress.com/2011/05/17/schule-der-nation/.

34 Adorno, Theodor W. 2003 [nach Fußnote 12]: S. 63. In Adornos Kontext bedeutete es, dass viele Intellektuelle unfähig waren, „*in jene Formen [eitle und armselige Urteile über den Nationalsozialismus] die Erfahrung der Gewalt mit aufzunehmen, welche real solches Denken außer Kraft setzt*“.

35 Scheit, Gerhard 2016: Kritik des politischen Engagements, ca ira Verlag, Freiburg, S. 375.

36 Van Dyk, Silke/ Haubner, Tine/ Boemke, Laura 2021: Gemeinwohldienst oder Gratisarbeit? Zur politischen Ökonomie von Freiwilligenarbeit im Gegenwartskapitalismus, in: PROKLA 204, S. 537-565, hier: S. 540.



Manch einer geht an der Uni ein Licht auf, nicht wegen sondern trotz des Studiums.

sen die zivilgesellschaftliche, oft ehrenamtliche Gratisarbeit instrumentalisieren, so van Dyk. Ich würde hinzufügen, dass dies auch an der Universität gilt, die ohnehin genug prekäre Lohnarbeit unter befristeten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen oder im Reinigungsdienst zu bieten hat.

Diese Instrumentalisierung ist den engagierten Studenten oft auch bewusst; doch gerade die subjektive Erfahrung des Verantwortungsgefühls, der Unverzichtbarkeit und der Wertschätzung tragen nach van Dyk dazu bei, dass dieses Engagement gegenüber den objektiven, abstrakteren gesellschaftlichen Prozessen „im Zweifelsfall“³⁷ erhalten bleibt. Auch bei den Engagierten an der Universität lässt sich im Kleinen zeigen, was Adorno in seiner geschichtsphilosophischen These zur Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft als entscheidend hervorhebt, nämlich: „daß die Menschheit sich nicht etwa bloß, trotz der Irrationalitäten und Antagonismen, erhält, sondern daß sie sich durch den Antagonismus hindurch erhält“³⁸. Denn faktisch hat sich an der Universität immer wieder gezeigt, dass sich ohne das verantwortliche Engagement, die Kritik von Studentinnen und den breiten Protest wenig zum Besseren bewegt hat – aber auch das falsche Ganze blieb. Studenten konnten immer wieder für kritische Seminare im Rahmen der akademischen Selbstverwaltung und (seltener) für gesamtgesellschaftliche Veränderungen streiten. Zugleich – und das ist die entscheidende Pointe bei Adorno – konnten sich bislang

die bürgerliche Gesellschaft und ihre spezifischen Formen durch diese Praxis auf neuer Stufe erhalten.

Dieser Antagonismus lässt sich an denjenigen veranschaulichen, die als Studentinnen in Gremien tätig waren, womit ich bei der Ausgangsfrage angelangt wäre: Ob Gremienarbeit – etwa für eine neue SPO – eher das gesellschaftliche Leiden in Universitäten verwaltet oder doch befreiende Potentiale hat. Das ist so abstrakt gegenübergestellt nicht zu beantworten, sondern in der Praxis an den konkreten Gegenständen (der Reform, des Handelns) zu klären. Der normative Maßstab ist dabei die in der jeweiligen historischen Konstellation reale Möglichkeit zur Freiheit des Einzelnen, wie Theodor W. Adorno in seiner geschichtsphilosophischen Vorlesung 1964 ausführt. Zur Erfahrung in Gremien³⁹ bemerkt er Folgendes: „wenn man irgendwelchen Gremien angehört, von denen irgendwelche - sei es tatsächlich oder sei es nur in der Einbildung - wichtigen Entscheidungen abhängen, so wird man, falls man für solche Dinge überhaupt ein Organ hat, wenn man also nicht von vornherein vollkommen aufgeht in dem, was sich abspielt, und unterschreibt, was sich abspielt, mit einer sich aufdrängenden Regelmäßigkeit die Erfahrung machen, daß das Schlechtere und Niedrigere gegenüber dem Besseren und Menschenwürdigen sich durchsetzt“⁴⁰

Diese Erfahrung kann auch für die letzten Jahre gelten, und zwar häufig gegen die (oft

37 Ebd.: S. 561.

38 Adorno, Theodor W. 2006 [1964/1965]: Zur Lehre von der Geschichte und von der Freiheit, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, S. 74. Der zentrale Antagonismus ist das Klassenverhältnis, bei dem die Produktion nicht um der „geschichtlich vermittelten Bedürfnisse der Menschen“ geschieht, sondern „im Namen des Profitmotivs“ der „Verfügbaren über die Produktionsmittel“, damit diese als Gesamtklasse „möglichst gut dabei abschneiden“ (S. 75), während die vereinzelt Arbeiter:innen gezwungen sind, ihre Arbeitskraft gegen Lohn zu tauschen. Die Pointe ist, dass sich „tatsächlich vermöge dieser Negativität, vermöge also einer bis zum heutigen Tage ihrem Wesen nach antagonistischen Gesellschaft, die Welt als eine sich erhalten hat“ (S. 77), weshalb Adorno sie nicht vermeintlich ‚realistisch‘ affirmiert, sondern als Ganze kritisiert.

39 Ebd.: S. 47-52.

40 Ebd., S. 47.

guten) subjektiven Intentionen der Mitglieder von OSI-Gremien. Der konformistische Geist an Universitäten ist freilich ganz anderer Qualität als im Frankfurt der 1960er Jahre. Dieser Geist hält sich auch heute noch durch irrsinnige Regeln gegen das Vernünftige aufrecht. Adorno schreibt: *„Der Widerstand aber des Besseren gegen das Konformierende kompromittiert sich selber fast ununterbrochen dadurch, daß er als Verstoß gegen irgendwelche bestehenden Spielregeln erscheint“*.⁴¹ Er führt als Beispiel die akademische Regel an, Kritik solle nicht polemisch formuliert werden, selbst wenn es bei einer stumpfsinnigen Sache wirklich angebracht wäre. Stattdessen wird *„ein derartiger Ton der Polemik, der also nun wirklich sagt, was der Fall ist, - daß der un-erzogen, daß der mit der akademischen Tradition und mit Gott weiß was sonst noch allem unvereinbar sei. Und in Gremien wird dieser Einwand im allgemeinen ein williges Gehör finden, das heißt: der Abweichende wird durch die bloße Form seiner Abweichung tatsächlich auch bereits sich kompromittiert haben“*.

Wer einmal mit progressivem Elan oder jugendlicher Unangepasstheit in universitäre Gremien gerät, wird sich unbewusst in der Sprache und dem Denken arrangieren. Und vielleicht die Kritik am jeweiligen Gegenstand wohl manchmal unter den Tisch fallen lassen. Oder aus inhaltlicher Frustration am Stumpfsinn sich nur noch polemisch äußern, damit abweichen und sich damit selbst in Verlegenheit bringen. Adorno beendet

die Passage zur Erfahrung in Gremien mit folgendem Gedanken: *„[...] hier kann man wirklich etwas von der Objektivität dessen erfahren, worauf Hegel gegenüber dem bloßen subjektiven Bewusstsein so sehr beharrt. Sie handeln subjektiv fast immer - ‚fast immer‘ ist wohl ein bißchen optimistisch ausgedrückt -, aber sie handeln dann sehr häufig jedenfalls subjektiv in der besten Absicht oder sie rationalisieren ihre Absicht damit, daß sie ja nur im wohlverstandenen Interesse der Institution oder des Kollektivs handeln, argumentieren, denken würden, für das sie als Angehöriger eines solchen Gremiums eben sprechen“*⁴². Gegen die gesellschaftliche Gesamttendenz zu widerstehen vermag

kein Einzelner. Doch schon einige wenige, die Widerspruchsgeist zeigen und sich in *„echten menschlichen Beziehungen“*⁴³ für ein gemeinsames Interesse binden, sind ein Anfang.

Dieser Anfang kann über die Hochschulpolitik gemacht werden, um sich durch deren spezifische Widersprüche hindurch zu erhalten und das als natürlich Erscheinende als gesellschaftlich bedingt zu begreifen. Denn: Nur von Innen kommt man aus der eigenen sozialen Lage heraus; rein äußerliches Anklagen hilft nicht oder wird gar zum antiakademischen Ressentiment⁴⁴. Es braucht ein hinzutretendes Moment, das die gesellschaftliche Situation eines Menschen brüchig werden lässt, *„um ein relatives Außerhalb gegenüber den grundlegenden gesellschaftlich-ökonomischen Beziehungen ins Bewusstsein zu bringen [...] und den*

**SPEZIFISCH FÜR DIE
HOCHSCHULPOLITIK IST (U.A.),
DASS SIE AUFGRUND DER
SCHRANKEN DER
KLASSEGESELLSCHAFT ZUR
UNIVERSITÄT EIN MOMENT VON
BÜRGERLICHER
KLIENTELPOLITIK AUFWEIST.**

41 Ebd., S. 48.

42 Ebd., S. 50.

43 Horkheimer, Max 1985 (nach Fußnote 23): S. 417.

44 Vgl. Adorno, Theodor W. 2003 (nach Fußnote 12): S. 74-76: „Drinne und draußen“.

Glauben an die Natürlichkeit seiner Bedingungen zu verlieren [...]“⁴⁵ Spezifisch für die Hochschulpolitik ist (u.a.), dass sie aufgrund der Schranken der Klassengesellschaft zur Universität ein Moment von bürgerlicher Klientelpolitik aufweist. Der konstitutive Widerspruch zwischen studentischer, aus gemeinsamem Interesse speisender Klientelpolitik und der darüber hinausweisenden Emanzipation ist nur in Verbindung mit herrschaftskritischen Bewegungen zu überwinden. Sind diese Bewegungen heute marginal, so bleibt die Universität ein Ort, wo in der „gemeinsamen Bekümmern um ein Anderes, sei es das summum bonum, Gerechtigkeit oder irgendein schlichtes Werk [...], jugendliche Bindungen und Freundschaften entstehen, die im Kleinen das Wesen der Gesellschaft vorwegnehmen, wie sie einmal im Großen als die die richtige Gesellschaft sich gestalten soll“⁴⁶.

Wer „es unter der Revolution nicht machen will“, wie ein zeitweiliges studentisches Mitglied der SRK polemisierte, verkennt die befreienden Potentiale im Hier und Jetzt. Es schließen sich besondere (studentische) und allgemeine Interessen im Handeln nicht aus, bedingen sogar einander, bedürfen aber einer beständigen Kritik und eines intersubjektiven Sprechens unter der Teilnahme möglichst vieler. Dieses Miteinander-Sprechen schließt auch die Professoren ein. Wer Gespräche mit Professoren pauschal ablehnt, ignoriert deren gesellschaftliche Lage: Sie sind kein einheitlicher Block und verfolgen manchmal zusammen mit kritischen Dozentinnen eigene progressive Ziele.

Wenn den Studenten kaum die Bedeutung einer Studienreform bewusst ist, dann sind Bündnisse mit Professorinnen unverzichtbar, um wenigstens einige Minimalforderungen zu erreichen, wie beispielsweise den Erhalt von Tutorien. Marcus Quent stellt die dazu passende These auf, dass ein „politisches Leben“ dort beginnt, „wo der Kampf um die Durchsetzung von Interessen endet“ und es um eine „Auflösung der bestehenden Ordnung der Plätze, um eine Produktion von Unterscheidungen und um eine Neuordnung“⁴⁷ geht. Eine politische Praxis ist pseudo-progressiv, wenn sie manichäisch in Reaktionäre und Progressive trennt und bestehende Identitäten und Statusgruppen (oder eine beliebige Interessengruppe) verfestigt, anstatt sie zu erschüttern und zu transformieren. Das Besondere jedes Individuums, das sich nicht nur in Gruppen ausdrückt, geht darin verloren.

**KRITIK KANN DAS BEWUSSTLOSE
WIEDERHOLEN DES
GESELLSCHAFTLICHEN ZWANGES
VERHINDERN.**

Diese theoretische Einsicht zur Interessendurchsetzung in Gruppen passt zu dem punktuellen Eindruck unter „Theorie-Leuten“, dass insgesamt zu wenig um den Selbsterhalt (etwa die Professur für politische Ideengeschichte) gekämpft worden sei⁴⁸. Zugespielt: Es bringe wenig, sich *nur* resignativ mit Theorie und Gesellschaftskritik zu beschäftigen, weil das gesellschaftliche Elend sowieso keine befreiende Praxis erlaube – so werde die eigene gesellschaftlich bedingte Marginalisierung in einer sich selbsterfüllenden Prophezeiung verstärkt. Allerdings ist es fragwürdig, ob es tatsächlich stimmt, dass sich diese „Theorie-Leute“ im „Grand Hotel Abgrund“ (Lukács) ein-

45 Horkheimer, Max 2012 [1933]: Dämmerung. Notizen aus Deutschland, in: ders.: Gesammelte Schriften Band 2: Philosophische Frühschriften 1922-1932. S. 322: Aphorismus „Von innen nach außen“.

46 Horkheimer, Max 1985 [nach Fußnote 23]: S. 417.

47 Quent, Marcus 2018: Kon-Formismen. Die Neuordnung der Differenzen, Merve Verlag, Berlin, S. 63.

48 Vgl. den Beitrag von Volker Strähle zur Festschrift (siehe Fußnote 16): Erfolgreich gekämpft – und trotzdem verloren? Studieren in Zeiten des Konflikts um die Ideengeschichte, S. 27-42.

richten würden. Ich glaube, es dient eher zur Abwehr von Kritik⁴⁹ und Theorie von denjenigen, die ein Primat der Praxis setzen (auch im eigenen Fortkommen im Wissenschaftsbetrieb). Kritik, die sich am jeweiligen Gegenstand entfaltet, kann einer blinden Praxis einiges entgegensetzen⁵⁰. Kritik kann das bewussthlose Wiederholen des gesellschaftlichen Zwanges verhindern. Der „Arbeitskreis Gesellschaftskritik“ aus Halle schreibt zum Verhältnis von hochschulinterner Kritik und allgemeiner Emanzipation: „Es gilt daher, Kritik gerade wieder an die Orte zu tragen, die unseren Alltag bestimmen – jedoch nicht im Erarbeiten von Handlungsangeboten oder der Betätigung als Innovationslieferant für die Universität von morgen. Vielmehr muss klar werden, dass die Universität kein Ort ist, an dem das Versprechen einer *Individualität* durch Welt- und Selbsterkenntnis, das im Begriff von Bildung liegt, eingelöst werden kann, dass ein solcher Ort in den gegebenen Verhältnissen überhaupt nicht existiert, dass er ihre Abschaffung inklusive der Universität zur Voraussetzung hat“⁵¹.

Die subversive Kritik zielt auf die Emanzipation des Ganzen – und auf sich selbst. Denn, so Julian Schenke: „Protestnetzwerke, die auf eine emanzipative Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse hinauswollten, bedurften intellektueller und philosophischer Ressourcen, um über die Bedingtheit

ihres sozioökonomischen Partikularinteresses zumindest ein Stück weit hinauszugehen. Der erste Schritt wäre demgemäß die Einsicht in diese Bedingtheit des bildungsaffinen Bewusstseins“⁵². Das eigene Unbewusste und die Sehnsucht nach Bildung müsste psychoanalytisch erhellt werden, um sich mit den gegenwärtigen Verhältnissen „unerschrocken“ auseinanderzusetzen. Wer sich Bildung zurecht als einen offenen, widersprüchlichen Prozess vorstellt, als eine geistige Auseinandersetzung mit der Welt begreift und als Bedingung von Autonomie anstrebt, sieht sich also, beginnend mit dem eigenen Elternhaus, der Schule und bis zur Universität mit einem Wust fremdbestimmter Regeln konfrontiert – und mit dem eigenen Unbewussten, gar dem Ressentiment gegenüber Ungebildeten.

EIN BASALER ANSATZPUNKT FÜR EINE STUDENTISCHE LINKE BLEIBT DIE EINSICHT, DASS DIE INSTITUTION UNIVERSITÄT EIN TEIL DER REPRODUKTION DER GESELLSCHAFTLICHEN ARBEITSTEILUNG IST UND WIR ZU VEREINZELTEN ARBEITSKRÄFTEN ZUGERICHTET WERDEN, DAMIT SICH DAS KAPITAL VERWERTEN KANN.

Es wird von neoliberalen Bildungsreformen so getan, als ob sich die soziale Öffnung der Universitäten und ein substanzieller Bildungsanspruch notwendigerweise gegenseitig ausschließen würden. Nachdem die Universitäten seit den 1960er Jahren für andere gesellschaftliche Milieus geöffnet wurden, ist das selbstbezügliche, klassenbedingte Bildungspathos der akademischen Milieus weniger geworden. Stattdessen ist von substanzieller Bildung kaum noch die Rede. Daher wäre ein objektiver Bildungsbegriff, jenseits von elitärem Pathos, wieder zu beanspruchen, der wie bei Horkheimer

49 Vgl. zum Begriff der Kritik und ihrer Abwehr: Braunstein, Dirk 2018: Kritik üben, in: ders. (Hg.): Wahrheit und Katastrophe. Texte zu Adorno, transcript Verlag, Bielefeld, S. 17-44.

50 Vgl. Kettner, Fabian 2008: „Wenn ich verzweifelt bin, was geht’s mich an?“ Über Theorie und Praxis, in: Kettner, Fabian/ Mentz, Paul (Hg.): Theorie als Kritik, ca ira Verlag, Freiburg, S. 11-30.

51 Arbeitskreis Gesellschaftskritik 2013: Die alternativlose Universität, in: <https://akgesellschaftskritik.wordpress.com/2013/12/12/die-alternativlose-universitat/>.

52 Schenke, Julian 2020 (nach Fußnote 20): S. 495.

die vernünftige Durchbildung des gesellschaftlichen Ganzen einschließt. Mit der partiellen Öffnung der Universitäten an die Arbeiterklasse seit den 1960er Jahren müsste daher auch eine innere Demokratisierung der Universität hin zur Viertelparität (siehe Fußnote 13) einhergehen, um die Studienbedingungen für einen substanziellen Bildungsanspruch für alle zu verändern. Stattdessen wurde nach einigen bahnbrechenden Reformen in den 1960er Jahren an der FU die professorale Mehrheit bei allen wichtigen Entscheidungen 1974 in der neuformierten Gruppenuniversität wiederhergestellt. Professorale Statusinteressen und das grundlegende Interesse im Kapitalismus, die (Aus-)Bildungskosten so gering wie möglich zu halten, finden sich wieder in der Öffnung der Universitäten bei gleichzeitiger Unterfinanzierung der Lehre und mangelhaften Stipendienprogrammen.

Wenn Studentinnen aus dem oft beschworenen „Abwehrkampf“ gegen die neueste Reform oder reaktionäre Ideologien herauskommen wollen, ist es zentral, sich überhaupt erst einmal selbst zu organisieren und feste Strukturen aufzubauen, z.B. in einer Fachschaftsinitiative mit klaren Verantwortlichkeiten. Wie schwierig das sein kann, zeigt Fabian Bennewitz in einem Beitrag über Zeitnot und Organisationsprobleme⁵³. Die Universität ist für eine befreiende Bewegung unverzichtbar, sowohl durch ihre Lage in der Gesellschaft (ca. 54% eines Ge-

burtsjahrgangs studieren aktuell) als auch durch ihren eigenen Begriff, der untrennbar mit Aufklärung verbunden ist. Das gilt besonders, wenn über den AStA oder andere studentische Projekte Bildungsarbeit außerhalb der Universität materiell gesichert wird⁵⁴. Wenn diese Basis, also die Reproduktion der eigenen Strukturen, gelegt ist, sollten in der Abwägung der eigenen Kräfte, Ansatzpunkte für eine kritische Praxis jenseits des Reformismus ausgelotet werden. Heute gilt es zunächst, überhaupt an der studentischen Selbstverwaltung mitzuwirken, wie Horkheimer schon 1952 in einer Rede vor Studenten empfahl und – neben der Bildung eines Sinns „fürs Allgemeine“ – so begründete: „An den meisten öffentlichen Übeln der neuen Geschichte war wenigstens ebenso sehr wie die Aktivität der Bösen die Inaktivität der Besseren schuld“⁵⁵.

Ein basaler Ansatzpunkt für eine studentische Linke bleibt die Einsicht, dass die Institution Universität ein Teil der Reproduktion der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ist und wir zu vereinzelt Arbeitskräften zugerichtet werden, damit sich das Kapital verwerthen kann. Ein sichtbarer Ausdruck dessen ist der Ruf nach Vergleichbarkeit, der mit den Bologna-Reformen noch verstärkt wurde. Die allgemeine Vergleichbarkeit kann nur dadurch erreicht werden, dass jede besondere Formgestalt auf ein allgemeines Maß reduziert wird. Gerade deshalb müssen die Universitätsleitung und die Professorinnen

53 Bennewitz, Fabian. 2019: "Zeitnot und Organisation" in HUCh - Humboldt Universität collected highlights, Nr. #89: 13-15.

In dieser studentischen Zeitschrift „Humboldt Universität collected highlights“, kurz HUCh, werden gelegentlich kritische Beiträge veröffentlicht: Während David Miller (2018) für eine alle Mitglieder der Universität unterhalb der Professur umfassende Basisgewerkschaft wie in Frankfurt plädiert, stellt Matthias Ubl (2018) den „Versuch“ ins Zentrum, „systematisch widerständige Subjektivitäten, herrschaftskritisches Wissen und eine Teilbewegung zur Veränderung des falschen Ganzen hervorzubringen“. Miller, David. 2018: "Was tun für die Bewegung der Zukunft?" in HUCh - Humboldt Universität collected highlights, Nr. #88: 9-11. Und Ubl, Matthias, 2018: "Politik, Konflikt und Poesie" in HUCh - Humboldt Universität collected highlights, Nr. #87: 5-9. Die einzelnen Artikel und schon erschienenen Ausgaben der HUCh sind online verfügbar unter www.refrat.de/huch/.

54 Vgl. Schultheis, Joshua. 2018: „50 Jahre 'Studentenrevolte'“, in HUCh - Humboldt Universität collected highlights, Nr. #88: 1-4.

55 Horkheimer, Max 1985 [nach Fußnote 23]: S. 419.

notwendigerweise jene inhaltlichen Besonderheiten des OSI und seiner Mitglieder einleiten, um nicht gegen das „Gesetz der allgemeinen Vergleichbarkeit“ zu verstoßen, wie ein alter FSI*OSI-Kommentar zur MA-Studienreform vor acht Jahren feststellte⁵⁶. Selbst wenn man sich also eine ‚wunderschöne‘ Studienordnung ausmalen würde, wie 2013 geschehen, die inhaltlich der (noch) breiten Politikwissenschaft am OSI gerecht würde und auf die sich alle einigten, käme mittels des FU-Präsidiums der Einwand, der eigentlich vorher klar sein müsste: Die gesellschaftlich notwendige Form bestimmt die Studienordnungen, nicht umgekehrt. Was den formellen und allgemeinen Vorgaben des Bundes, des Landes oder der FU nicht entspricht, geschieht eben nicht. In diesen Formen zeigt sich wiederum ein spezifischer Inhalt, der sich gerade in seiner neoliberalen ‚Ideologie der Ideologiefreiheit‘ am klarsten offenbart: Als kapitalistische, weitgehend unbewusste Formung von (ehemaligen) Bildungsinstitutionen⁵⁷.

IV. Schlussüberlegungen

Der FSI*OSI-Kommentar aus dem Jahr 2013 zur damaligen Master-Reform endet so: „Reformismus ist immer nur möglich anhand der Legitimität einer konkreten Reform. Verdeckt diese die Missstände, ja kaschiert sie gänzlich die Widersprüchlichkeiten und stellt dabei noch nicht einmal eine Verbesserung der existierenden Zustände dar, kann sie nur abgelehnt werden“⁵⁸. Klar, die verschwindend geringe Öffentlichkeit, an der wir als FSI*OSI eine Mitverantwortung tra-

gen, sowie die tatsächlichen Verschlechterungen zusammen mit der Utopie dessen, was wir uns eigentlich wünschen würden, legen vielleicht den Schluss nahe, eine weitere Studienreform zu boykottieren, wenn sie nicht unter ganz anderen Bedingungen stattfindet. Allerdings besagt der Kommentar auch, dass wir aktiv Missstände aufdecken und Widersprüche kritisieren müssten. Und dass die Entscheidung von der konkreten Reform abhängt.

**ES MUSS ALSO WEITERHIN UM
EINE SUBSTANZIELLE
(POLITISCHE) BILDUNG UND DIE
FREIHEIT ZUR
GESELLSCHAFTSKRITIK GEKÄMPFT
WERDEN – AUCH IN GREMIEN.**

Doch klar ist auch, wie bereits zu Anfang des vorherigen Kapitels mit Braunstein und Marx gezeigt, dass jede wirklich substanzielle Reform

im gesellschaftlichen Zwangszusammenhang auf objektive Grenzen stößt. Und dass jede wirkliche Kritik von ‚Missständen‘ und ‚Widersprüchlichkeiten‘ daher auf das gesellschaftliche Ganze zielen muss. Dass eine solche Gesellschaftskritik anhand einer Reform ernstgenommen wird, ist aufgrund des verdinglichten Bewusstseins, gerade im Wissenschaftsbetrieb, zu bezweifeln. Zur Kritikabwehr schreibt Adorno in seinem letzten Artikel 1969: „Im allgemeinen jedoch wurden sie [die Professoren] wegen ihres amtlichen, offiziellen Prestiges von der etablierten öffentlichen Meinung hoch eingeschätzt, solange nicht Konflikte mit den Studenten ihrer realen Ohnmacht sie überführten. Kritik wird gleichsam departementalisiert. Aus einem Menschenrecht und einer Menschenpflicht des Bürgers wird sie zum Privileg derer gemacht, die durch ihre anerkannte und geschützte Stellung sich qualifizieren. Wer Kritik übt, ohne die Macht zu haben, seine Meinung durchzusetzen, und

56 Vgl. FSI*OSI 2013: "Zerschlagt den MA!", fsiosi.blogspot.de/2013/04/04/zerschlagt-den-ma/.

57 Vgl. Liessmann, Konrad Paul 2006: Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft, Piper Verlag, München.

58 Vgl. FSI*OSI 2013

*ohne sich selbst der öffentlichen Hierarchie einzugliedern, der soll schweigen*⁵⁹.

Aktuell zeigt sich bei der Reform für die SPO des Lehramts, wie notwendig doch die beständige Kritik bleibt: Um am OSI für Berlin möglichst viele Lehrer zu „produzieren“ (wie mal eine Professorin am OSI im Institutsrat affirmativ sagte), wurde der Massenabfertigungscharakter durch nun neun (!) vorgesehene Vorlesungen nochmals verschärft. Die Möglichkeit, sich durch eigenständig verfasste Texte wissenschaftlich oder gesellschaftskritisch mit bestimmten Sachverhalten zu befassen und inhaltlich zu spezialisieren, gibt es durch die wenigen Seminare im Lehramtsstudium nicht mehr. Im Institutsrat im Mai 2021 waren nicht einmal die Mitglieder dieser Studienreformkommission (dieses Mal ohne die FSI*OSI) von den Ergebnissen der Reform überzeugt – doch die Anpassung an die vorhandenen Kapazitäten und an die BA-SPO 2019 wurde als ‚alternativlos‘ hingestellt. Wie schlecht die universitäre Lehre in Zeiten einer Pandemie ohnehin dasteht, hat jeder selbst erfahren. Es muss also weiterhin um eine substanzielle (politische) Bildung und die Freiheit zur Gesellschaftskritik gekämpft werden – auch in Gremien.

In und außerhalb der Universität gilt in Ergänzung des Marx'schen Imperativs⁶⁰ jener neue von Adorno, nämlich *„ihr Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe. Dieser Imperativ ist so widerspenstig gegen seine Begründung wie einst die Gegebenheit des Kantischen. Ihn diskursiv zu behandeln, wäre Frevel: an ihm läßt leibhaft das Moment des Hinzutretenden am Sittlichen sich fühlen. Leibhaft, weil es der*

*praktisch gewordene Abscheu vor dem unerträglichen physischen Schmerz ist, dem die Individuen ausgesetzt sind, auch nachdem Individualität, als geistige Reflexionsform, zu verschwinden sich anschickt*⁶¹. So sollte ein wie auch immer kritisches Bewusstsein an der Universität die globale Gefahr wahrnehmen, dass eine erneute negative Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft hin zur Barbarei heute droht und mit allen Mitteln verhindert werden muss.

59 Adorno, Theodor W. 2015 [1969]: Kritik, in: Tiedemann, Rolf (Hg.): Gesammelte Schriften, Bd. 10.2., Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, S. 785-793, hier: S. 789.

60 „...alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (MEW 1: 385).

61 Adorno, Theodor W. 2003 [1966]: Negative Dialektik, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, S. 358.





Die "explOSiv - Anmerkungen zum Universitätsbetrieb" erscheint in einer Zeit, in der dieser akademische Betrieb aufgrund der pandemischen Lage seit bald zwei Jahren nur noch auf Sparflamme läuft. Viele Studierende hoffen, dass überhaupt noch irgendetwas Lebendiges auf dem Campus stattfindet, da aus dem angekündigten "Übergangsemester" ein weiteres Online-Semester vom heimischen Schreibtisch aus zu werden droht. Vernetzungen und selbstorganisierter Austausch zwischen Studierenden löst sich hierdurch beinahe in Luft auf. Die Kritik an den Formen der Lehre und der Universität im Allgemeinen tritt dabei noch mehr in den Hintergrund. Trotz dieser Ausgangslage wollen wir die Idee hochhalten, sich innerhalb des Universitätsbetriebs über ihn auszutauschen, darüber hinaus zu reflektieren und nicht nur passiv vorgegebene Studieninhalte zu konsumieren.

Deshalb wollen wir als Studierende am Otto-Suhr-Institut mit dieser Zeitschrift eine dauerhafte Möglichkeit schaffen, die Selbstverständigung über die gesellschaftlichen Probleme der Zeit voranzutreiben und ausgehend von der Universität, aber nicht auf sie begrenzt, Gesellschaftskritik zu üben.